

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Konferenz der Wirtschaft. Von Prof. Dr. M. J. Bonn.
— Zur Einweihung des Spitzer Eisenbahndammes. — Sitten und Völkerver-
recht von Dr. Eugen Fischer. — Vom Kreislauf deutschen Theater-
lebens. — Der Bortransfer. — Das tausendjährige Nordhausen.

In Kommission:
Zentralverlag ö. m. b. H. Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Konferenz der Wirtschaft.

Von Prof. Dr. M. J. Bonn.

Die Weltwirtschaftskonferenz ist beendet. Die vorliegenden Beschlüsse haben naturgemäß keine neuen Ideen hervorgebracht. Sie zeigen nur, daß man widerstrebende Gedankengänge in ziemlich weitgehender Weise zu formeln zusammengefaßt hat, auf Grund deren eine beschleunigte Aktion nach der Richtung größerer Handelsfreiheit möglich sein sollte. Es ist keine Konferenz der Regierungen gewesen, sondern von sogenannten Sachverständigen, bei denen offene und geheime Interessenträger bei weitem die Mehrheit bildeten. Dazu kamen einige unabhängige Köpfe, wirkliche Köpfe, wie Cassel und Kayton, und, trotz dem privaten Charakter der Konferenz, zahlreiche Beamte.

Sieht man näher zu, so hat die Konferenz ein sehr großes Ergebnis dadurch gezeitigt, daß sie etwas ganz anderes geworden ist als ursprünglich beabsichtigt war. Die ursprünglich geplante Konferenz privater Sachverständiger war als Zusammenkunft von Interessenträgern gedacht, die unter dem Deckmantel einer Weltwirtschaftskonferenz wichtige wirtschaftliche Zweige monopolisieren wollten.

Der Vater der ganzen Idee, Louis Koucheur, hatte die Konferenz vorgeschlagen, um die Kohlenkrise zu überwinden und die großen Kohlenproduzenten zu einem internationalen Zusammenschluß zu veranlassen. Der Tiefstand der französischen Währung, die englischen Kohlensubsidien, die damals noch bestanden, hatten eine Stimmung herbeigeführt, die eine derartige internationale Vertuschung nicht unmöglich erscheinen ließ. Da zudem die Voraussetzung einer solchen eine Annäherung der deutschen und französischen Schwerindustrie war, so wurden diese Bestrebungen auch von Kreisen begrüßt, denen das wirtschaftliche Monopol ein Übel war, denen aber die politische Entspannung ein Gewinn schien, der selbst einen solchen Preis auswo.

Diesen Gedankengängen sind dann weiterliegende Pläne gefolgt, die davon träumten, in ganz Europa die wichtigsten Industriezweige zu vertuschen. Man brauche dann in die Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten nicht einzugreifen, die Zollschranken nicht zu beseitigen und könne dabei doch die Stabilität des Wirtschaftslebens herbeiführen, die so nötig war und die doch, solange die Währungen schwanken, auch durch Zollabmachungen nicht zu erreichen war. Man mißte diese Dinge geschieht mit paneuropäischen Gedankengängen. Man propagierte einen Freihandel der Schutzöllner, an dem nichts paneuropäisch war als die Absicht, Paneuropa auszubeuten.

Diese Dinge sind grundsätzlich gescheitert. Einmal ist die internationale Kohlenlage eine andere geworden. Zum anderen hat insbesondere die französische Valuta sich gefestigt. Damit sind die Neigungen, Konfessionen zu machen, wie sie im internationalen Stabilitätell zu Anfang an den Tag getreten sind, sehr geschwunden. Darüber hinaus aber haben gerade Persönlichkeiten, die an und für sich dem internationalen Monopolismus nicht abgeneigt sein dürften, die großen Gefahren erkannt, die sich aus einer solchen Bewegung ergeben. Denn wenn die Unternehmer der Grundstoffe sich international vertrauen und damit, was im ursprünglichen Plan wohl gelegen hat, zwar keinen Überlast, aber einen die einzelnen Regierungen überschattenden Nebenkaat schaffen wollten, so war es selbstverständlich, daß die Arbeitnehmer und die Konsumenten sich dagegen zusammenschließen würden. Schon nationale Monopole pflegen selten sehr populär zu sein. Internationale Monopole bieten Angriffsflächen, die gerade vom Standpunkt des klugen kapitalistischen Unternehmers zu vermeiden sind. Diese Gedankengänge sind sehr deutlich in den

vorsichtigen Ausführungen eines der Vertreter der deutschen Unternehmergruppen durchgedungen.

Die entscheidenden Beratungen der Konferenz haben sich von dem Problem des wirtschaftlichen internationalen Lebensstaats ferngehalten und den eigentlichen Fragen der Beseitigung der Verkehrschränken zugewandt. Der Versuch Koucheurs das abzubiegen, einmal mit Rücksicht auf die französische stets autonom geführte Handelspolitik, ist zweifellos nicht geglückt. Die Konferenz ist sich klar darüber gewesen, daß Europa sich in einer neuen, weit schlechteren Lage befindet, wie das in dem Referat von Kayton deutlich durchgedungen ist. Die europäische Entwicklung der vergangenen Jahrhunderte hat dazu geführt, daß die Staaten sich durch ihre Ausdehnungspolitik überall dienende Länder angegliedert hatten, die ihnen Rohstoffe und Märkte boten. Das war nicht nur in der Kolonialpolitik, sondern auch in Europa selbst der Fall. Diese dienenden Länder, die entweder weit abgelegene Kolonien waren oder häufig von fremden Völkern bewohnt waren, haben in und nach dem Krieg rebelliert. Die Rebellion der dienenden Länder beginnt eigentlich mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Sie hat sich dann in friedlicher Weise in der wirtschaftlichen Selbständigwerdung der englischen Dominien durchgesetzt. Sie ist in Europa als Nachkriegsergebnis eingetreten, indem große Reiche zerbrochen sind und die bis dahin dienenden Länder sich in selbständige Staaten verwandelt haben, die nationalstaatliche Schutzpolitik treiben. Alles hat sich industrialisiert. Das alt-industrielle Europa, das früher durch seinen Kapitalbesitz die Vorhand hatte, ist zum Schuldner Amerikas geworden. Es kann seine überflüssige Bevölkerung nicht mehr auswandern lassen, weil die Tore geschlossen sind. Es kann an den besseren natürlichen Vorbedingungen der neuen Länder nur dadurch Anteil nehmen, daß es ihre Rohstoffe und Lebensmittel einführt. Es ist der Gefahr von Sperrern und Zollmaßnahmen ausgesetzt. Und wo das nicht der Fall ist, verteuert es sich selbst künstlich durch überhöhte Hölle oder industrielle Syndikate Nahrungsmittel, Grundstoffe und Hilfsstoffe, die es braucht, um seine Waren herzustellen, und erhöht sich damit die Kosten der Produkte, die es über wachsende fremde Zollschranken senden soll.

Das ist die Lage. Die Konferenz hat sie richtig erkannt. Sie hat ganz bewußt ausgesprochen, daß das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung die bessere Verorgung der Menschheit mit Sachgütern sei. Sie hat damit die ganzen monopolistischen Bestrebungen, über deren Notwendigkeit im einzelnen Falle man reden kann, grundsätzlich abgelehnt. Denn der Sinn eines jeden derartigen Monopols ist, die Verorgung durch Verteuerung zu droffen. Sie hat sich sehr stark gegen die Erschwerung des Rohstoffbesuzes gewandt, gegen Diskrimination und bemußte Schädigung. Sie ist für langfristige Handelsverträge mit nicht schifanösen Carissen eingetreten. Sie registriert die Tatsache, daß die ganze Welt mit wenigen Ausnahmen die Selbstverfümmelung Europas durch Zoll- und Verkehrschränken für gefährlich hält.

Es wird sich nun zeigen, ob es Länder gibt, die den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen. Man hört heute überall, daß der Freihandel das Richtige wäre, wenn ihn nur alle betrieben. Die Wahrheit dürfte wahrscheinlich umgekehrt lauten: Der Schutz Zoll mag vorzüglich für ein Land sein, wenn die ganze Welt Freihandel treibt. Die Entscheidung der kommenden Dinge wird davon abhängen, daß sich Ländergruppen zusammenfinden, die die Kraft und den Mut haben, durch Einführung eines verhältnismäßig freihändlerischen Systems die andern zur Nachfolge zu zwingen.

Zur Einweihung des Sylter Eisenbahndammes.

Von Regierungs- und Baurat Brandt.

In Gegenwart des Herrn Reichspräsidenten und zahlreicher Vertreter der Reichs- und Staatsregierung ist am 1. Juni der Betrieb auf der Eisenbahnstrecke Klauvill—Westerland feierlich eröffnet worden. Damit findet ein Werk seinen Abschluß, dessen wechselvolle Schicksale und wachsende Bedeutung wohl kaum jemand ahnte, als im Jahre 1913 der Preussische Landtag die Staatsregierung ermächtigte, für die Erbauung einer Nebenbahn von Niebüll nach Westerland den Betrag von 10 Millionen Mark aufzuwenden.

wasserfreie Damm, unter dessen Namen das ganze Unternehmen weitesten Kreisen bekannt geworden ist. Das Bahngleis ruht hier auf einem in der Sohle etwa 50 m, oben 11 m breiten, 7—8 m hohen, aus Seefand mit einer starken Bede aus Kial (Marjstön) bestehenden Damme, dessen Seitenflächen ähnlich der äußeren Böschung von Seedeichen ausgebildet und in ihrem unteren, durch Ebbe und Flut sowie besonders durch Sturmfluten gefährdeten Teilen durch eine starke Pflasterung mit Granitsteinen auf einer Kiesunterbettung geschützt sind. Die Sohle des Dammes liegt im Durchschnitt fast zwei Meter unter dem gewöhnlichen Hochwasserstande im Wattenmeer; im Watt kann sich aber der Wasserstand bei Sturmfluten um bis zu 3,50 m über seinem Normalstand erheben. Über 3 Millionen Kubikmeter Sand und Kial mußten durch große Auf- und Trodenbagger gelöst und durch Bohrleitungen und Feldbahnen an ihre Verwendungsstelle gefördert werden; etwa 300 000 t an Steinen und Kies wurden herangeschafft, um einen zur Erleichterung des Bauens zunächst durch das Wattenmeer getriebenen, aus einer hölzernen Spundwand mit Steinumfüllung bestehenden niedrigen Damm und die Seiten des endgültigen Dammes zu sichern.

Mit den Bauarbeiten wurde nach Inbetriebnahme der Strecke Niebüll—Klauvill 1923 begonnen, jedoch fand das Baujahr 1925 durch eine Sturmflut am 30. August 1925 ein vorzeitiges Ende. Im Jahre 1925 wurde dann der erbaute niedrige Damm fertiggestellt, auf dem eine Feldbahn den unmittelbaren Verkehr mit der Insel vermittelte, nachdem man im Frühjahr 1925 begonnen hatte, den Damm auch von der Insel her vorzutreiben. Ende 1926 waren dann die Erd- und Pflasterarbeiten in der Hauptsache beendet. Schwere Sturmfluten am 10. und 12. Oktober 1926 konnten den unteren, geschützten Teilen des Dammes nichts anhaben, verursachten aber an den oberen einige Beschädigungen, die inzwischen ausgebessert sind.

Die Kosten für die Herstellung der genannten Bahnlinie werden sich auf rund 21 Millionen Reichsmark belaufen, deren Hauptteil die Deutsche Reichsbahn bzw. die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zu tragen hat, während Preußen etwa 4,5 Millionen Reichsmark beisteuert.

Die Bedeutung der Bahn liegt jetzt in erster Linie auf politischem Gebiet, da künftig der Verkehr nach Sylt nicht mehr über dänisches Gebiet zu gehen braucht. Daneben wird sie den Verkehr der Bewohner der Insel mit dem Festlande und den der zahlreichen Badegäste mit der Insel sichern, verflügen und verbilligen. Während bislang die Reisedauer von Niebüll über Condern, Hoyerfeldsee und Munkmarsch selbst unter den günstigsten Voraussetzungen mehr als drei Stunden



Schon in der Vorkriegszeit waren die Insel Sylt und die Badesorte auf ihr nur auf ziemlich unständlichen, zeitraubenden und zeitweise unsicheren Wegen zu erreichen. Die Eisenbahn führte die Reisenden bis Hoyerfeldsee, wo sie auf von Ebbe und Flut, von Wind und Wetter abhängige Dampfer übergehen mußten, die sie quer durch das Wattenmeer nach Munkmarsch auf Sylt brachten; um Westerland zu erreichen, mußte schließlich noch eine Strecke auf der Kleinbahn zurückgelegt werden. Ein anderer Weg ging zu Schiff, von Hamburg über Cuxhaven und Helgoland nach Hörnum, der Südspitze von Sylt, von der wieder eine Kleinbahn nach Westerland führte. In harten Wintern war die Verbindung der Insel mit dem Festland oft ganz unterbrochen.

Eine weitere Erschwerung des Verkehrs nach der Insel trat hinzu, als nach dem Verträge von Versailles angeordneten Volksabstimmung in der ersten nordschleswigschen Zone Condern und Hoyerfeldsee, trotz deutscher Mehrheit, Dänemark zugesprochen wurden und so die Insel, abgesehen von der von vielen nur ungenutzten benutzten Schiffverbindung über Hörnum, nur auf dem Umwege über dänisches Gebiet zu erreichen war.

So wurde alsbald nach Klärung der politischen Lage der Entschluß gefaßt, dem bereits beschlossenen Plan, dessen Ausführung, abgesehen von der Beschaffung eines umfangreichen Baggerparks, infolge des Kriegsabbruches einzuweisen zurückgestellt worden war, wieder aufzunehmen und mit tündlicher Beschleunigung zu Ende zu führen.

Den wichtigsten Teil der jetzt zur Eröffnung gelangenden, etwa 41 km langen Bahnstrecke, deren auf dem Festland gelegener Teil von Niebüll bis Klauvill zwecks Benützung bei der Bauausführung bereits im Winter 1922/23 vorläufig in Betrieb genommen ist, bildet der die Verbindung zwischen dem Festlande und der Ostspitze der Insel Sylt herstellende, quer durch das Wattenmeer führende, etwa 11,9 km lange hoch-



betrug, werden künftig die in der Badeszeit täglich verkehrenden D-Züge die unmittelbare Strecke Niebüll—Westerland in knapp einer Stunde zurücklegen. Die Verbilligung der Fahrt auf der gleichen Strecke beträgt für Reisende der dritten Klasse etwa 6,50 RM., für solche der vierten Klasse etwa 8 bis 10 RM. Auch die Verjorgung der Insel mit Lebensmitteln, Feuerung, Baustoffen usw. wird gesichert, die schnell und verbilligt werden. So wird die Bahn in jeder Beziehung fördernd auf das Leben auf der Insel einwirken.

Aber auch die auf dem festlande liegenden, von der Bahn durchschnittenen Teile des Kreises Südostern, des deutsch geliebten Restes des ehemaligen Kreises Condern, werden durch die Bahn erhebliche Vorteile haben.

Noch nicht zu übersehen ist aber die Bedeutung der im Wattenmeer liegenden Dammpfride in anderer Hinsicht. War es der preussischen Domänenverwaltung schon möglich, im Zusammenhang mit dem Bahnbau und unter Unterstützung durch die Reichsbahn-Gesellschaft, etwa 260 ha bis dahin der Wirkungen der Sturmfluten ausgesetzten Landes durch Erbauung von Winterdeichen gegen künftige Überflutungen zu sichern und der Nutzung des Meerbodens zuzuführen, so wird der eigentliche Damm ein wertvolles Glied in dem von der preussischen Staatsregierung betriebenen Programm der Kanalfestmachung der Inseln und Kalligen und der Kandgewinnung bilden. Hier wird ferner, wenn auch stellenweise langsam, durch Ziehen von Sämen und durch andere geeignete Arbeiten dem Meere hochwertiges Kulturland abgenommen. Nicht allein die bei dem

Bau des neuen Damms gesammelten technischen Erfahrungen werden künftig von Nutzen sein, vielmehr wird es jetzt auch möglich, an den beiden Seiten des Damms Kandgewinnungsarbeiten größeren Umfangs auszuführen und damit die Länge der Uferstreifen, an denen dies möglich ist, um etwa 24 km zu vermehren. So wird künftig, wenn auch vielleicht erst nach Menschenaltern, nicht mehr ein Damm, sondern eine sich immer mehr verbreiternde Landbrücke vom festlande nach der Insel Sylt hinüberführen und die Nordmark in ihrer schweren Kufe härten und stützen. In diesem Sinne darf auch diesem in erster Linie dem Verkehre dienenden Damm der Wunschspruch des Husumers Felix Schmeiser mit auf den Weg gegeben werden, der schon für manchen Deichbau gegolten hat:

Der Weesee zu wehren, Die Heimat zu mehren, Den Enkeln zum Wohle Gescheh unser Wert!	Geflechter ersehen, Geflechter vergehen, Sind längst wir vergangen, Bleib unser Wert.
---	--

Die Frieseninsel.

Von Alfred Kerr.

Aus den bei G. Fischer, Berlin, erschienenen gesammelten Schriften, in denen sich Kerr als ein übergebender Schilderer der norddeutschen Landschaft erweist.

I.

Keinen Namen hinschreiben — sie werden Dorstelle.

Darum soll der Name meiner Nordsee-Insel nicht genannt sein. Könnte doch keinen Begriff geben von der Macht geschehender Luftströmungen, die zur Sturztief lie Wesen treiben; nichts von der verlassenen Dünenlinie eines weiten, wie toten Wattenmeeres; — auch nichts von der Tranalicht friesischer Häuschen, die an der Helde hinter Steinwällen liegen, in Einsamkeit von Salzluft umhüllt; nichts von totenfüllen Dünenklippen.

II.

Ich stand auf einem Kliff; sah hinüber, weit über das von der Ebbe getrocknete Wattenmeer, Bräunlich Sand, so weit das Auge sieht, aber nicht glatt, sondern mit allerhand Formen, erhöhten und vertieften.

Man könnte denken, das war langweilig — immer auf bräunlichen Sand zu sehen. Aber nein: man erblickt noch andres; hier und da ein Gerinnsel von Seewasser, darüber weggelitten. . . . und Hunderte von Wasservögeln darin schreitend, felsend, höfend. Hinter mir, auf dem Kand, ist alles totentill. Kein menschlicher Fuß sieht über die im Meeresdüfte liegende Helde soll dicker, dichter, knorriger, aber, holzartiger Erds, die wie ein braunvioletter Fell alles einhält. Kein Kant. . . . Unten beginnt die braune Fläche, von der das Wasser zurücktrat, tausend Meter weit zu schillern, irisierend zu leuchten, weil in das dünne Wassergerinnsel des ungeborenen halbtrockenen Bettes in aller Dämmer Verlassenheit Abendhimmelnwollen hineinpiegeln.

Jetzt scheint die feuchte gewaltige Niederung streifenweise rot zu strahlen — und dabei bleibt die Käufe mit ihren Hünengräbern und dem fernem Kucksturm — wie ich es schon einmal gesagt, es gibt keine anderen Worte dafür — in eine schattendüftere, lichterhoffene Öde gehannt.

III.

Ja, alle guten Kirchenthellen steht mir bei, dort oben über dem Wattenmeer lagern herumrandel die Friesengötter, jeder hat einen Fuß im finster umwandelten, höpöllnen Bild. Im die Sommeruntergangslande sammeln sich diese Verforbenen hier in der Luft über dem Meere der Verlassenheit — und in dem Wattenmeer liegen begraben, verschüttet, sandüberhüllt, flutüberhüllt menschliche Seelungen, mit ihren Menschen, ihrem Gerät, ihrem Getrie, aus Jahrtausenden, aus Jahrtausenden. Stidte standen, wo jetzt das Meer fließt.

Es läßt sich nur mit demselben Wort sagen: Diese Insel, von der ich den Blick über das Meerbit sende, war nicht immer eine Insel. Und was jetzt von Mogen überdornert wird, wenn die Flut kommt, war ein Sandarm. Begraben, begraben! Wer in diesem Sand schaufeln könnte, tausend Meter tief! Was er fände — wie viele Dorfhäuser mit ihren Dörfern, wie viele Kriegerhäuser, wie viele flachschlönbe Plandmüdel, von denen kein flachschlönbes Haus mehr vorhanden, wieviel Göttermale, wieviel Kirchen, wieviel Häusleichten. Verschlungen, verschlamm, verschluckt. Wer hier schaufeln könnte! . . .

Doch er müßte sich beugen, denn nach einer Handvoll Stunden raß die Flut zurück.

IV.

Oben an diesem Kliff steht ein einfaches Haus. Die Wandlung an dem dort Inselpunkt macht hungria. Als ich im späten Abend (schein dort hinausgefletter war, daß ich die Frau um Eier und Schinken. Eine Colliehündin, idenhaft bebärt — denn in diesem Klima nähert sich alles der fruchtbareren Dermidierung, man braucht nur die gigantischen Wälder anzusehen! —, eine gelbe Löwenhündin, beteiligte sich an dem einsamen Nachtesoh im fahlen Lichte des rätselvoll verfinsterten Lages; und mir war, als könnte man die salzige Luft in ebensolche Scheiben zerteilen wie das Brot vor mir.

Eine Magd und ein Knecht saßen auf einer Wagnelbühel, fünf Schritt omeinander, er ritillings, und plauderten in einer Mundart, die nicht mehr bloß Platt, sondern schon genauer friesisch ist. Der gelbe Mond hing über dem Wattenmeer auf. Der gelbe Mond schien über die Helde mit ihrem dünen violettbraunen Erfaßel. Der gelbe Mond hing, als ich eine halbe Stunde ohne Weg durch Gestrüpp gefschritten war, über eines Dorfes Klein versteinen Friesenhäusern mit dunkel tief herablangendem Biesendach, jedes Haus hinter einem Steinwall. Die Helde war nun schwarz; vom Wattenmeer drang der Schrei (sagt könnte man sagen: der Pfiff) von Stelpjögeln — die schon wieder erwachten . . . oder aus dem Traum sprachen.

Schwarz war der Erdboden (auf dem ich mehr tappte wie schreit); schwarz waren die Häuschen jense Dorfs drüben, aber nachdicht die Salzluft, darüber der gelbe Mond. Der gelbe Mond schien auf meinem Ebbe gekannt, zwanzigmal auf einem kniefürarerten Klumpen, das war ein Rind; oft sprach es aufschreitend empor und jagte davon; manches blieb liegen und erschauerte schauend. Ein Vogel schrie; ein Kamm blökte. Das Wattenmeer hörte man rauschen.

V.

Kurz vor Mitternacht kam ich in ein andres Dorf. Wieder geduckte Häuschen, schwarzes tiefhängendes Biesendach, ein Steinwall um das Ganze.

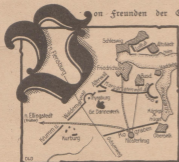
Im Weisraum sah eine reisende junge Lehrersfrau mit ihrem Mann, aus dem Schleswigland, die hier in ihre Heimat zu Besuch gekommen war. Zwei Kühen saßen dabei und der alte Ortslehrer, ein Riese, Pfeife rauchend. Die junge Frau, die einem Mädchen gleich, zeigte wieder diese himmlisch leichte Anmut, diesen lustigen Partreil, den ich — zum wievielsten Male? — hier an nordwestdeutschen Frauensildern mit Entzünden sah oder schon mehr schlürfte. Die junge Frau lachte; sprach in einem sündgen Con (mitten im Gepräd): „Wir trinten noch einen ganz kleinen Bommelüber. — Ihr kennt doch das Lied: Schah, du mußt noch einmal küssen, denn bekommst mich das zu gut!“ Dem alten Lehrer-Riesen wurde ganz schwindlig zumute. Alle lachten. Das Herz ging mir auf nach dem nädlichen Tappel über dies dunkle Gefild im Wattenmeer. Und ohne es ihr zu sagen, trant ich mein Conden-Bier in einem Zug auf sie.

VI.

Und in selbiger Nacht, als alles schlief, kam ich noch in den Ort, wo ich mich niedergelassen habe, wo die wilde Seite der Nordsee, nicht das verholchene Wattenmeer, eine ewige Donnermetz macht; wo die Wellen heute braungrün branden.

Das Dannewerk — ein Kulturdenkmal der Nordmark.

Von E. Kjærhäll, Kiel.



von Fremden der Erhaltung denkwürdiger

Stätten der engeren

Heimat wird es freudig

begrüßt werden, daß die seit Jahren

ruhenden Dannewerks-

forschungen seit kurzem in großem

Maßstabe wieder aufgenommen

worden sind. Als unentbehrliche Grund-

lage für alle weiteren

Untersuchungen ist von dem Dannewerks-

Zustuß, dem unter anderem Prof.

Dr. Korenzen-Hamburg, Universitäts-

professor Dr. Scheel-Kiel und Direktor Philippsen-Hamburg

angehören, zunächst die genaue Aufnahme und Vermessung der

gehörigen Befestigungsanlage und aller dazu gehörigen Befestigungs-

geplante, verbunden mit einer Untersuchung der wichtigsten Teile

der Anlage durch Grabung. Damit ist die Aufmerksamkeit aus

neue auf das für unsere Heimatentwicklung so wichtige Dannewerk

gelegt, das in seiner Eigenart dem limes romanus in nichts

nachsteht und auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurück-

blicken kann.

Das Dannewerk (Danawirki, limes danicus) besteht aus drei voneinander völlig unabhängigen Teilen, dem Hauptwall (Krummwall, Wabemarsmauer, Alter Wall), an den sich nach Osten ein Nebenwall, der Margaretenwall, anschließt, dem Moorwall, von Soller Moor nach Westen bis an die Sumpfe der Reider zu verlaufend, und der Oldenburg, einem halbfreiswall am Haddebyer Moor, wo früher die alte, berühmte Handelsstadt Hattaba lag. — Der zwölf Kilometer lange Hauptwall, das eigentliche Dannewerk, beginnt im Süden der Stadt Schleswig bei den Götterpfeifen Wiesen und reicht bis Hollingstedt an der Creene. Nach den Topographien von Crapp und Schröder gilt der Dänenkönig Göttrif als Gründer der gewaltigen Erdwallbefestigungen, deren Bauzeit in die Jahre 808 bis 810 fällt. Der alte Göttrifswall hatte ursprünglich nur eine einzige Durchlaßstelle, das sogenannte Wieglesdorf, bei dem heutigen Dorfe Kl. Dannewerk, wo der von Süden kommende alte Beerweg, der spätere Ochsenweg, den Grenzwall durchschneit. Erst im 16. Jahrhundert entstand eine zweite Durchlaßstelle bei Karburg, das sogenannte Kalesat. Gehört auf dieses Werk, glaubte Göttrif sogar Karl den Großen und die mit ihm verbündeten Obherten angreifen zu können, woran er jedoch durch einen plötzlichen

Tod (810) gehindert wurde. Auch der Kograb (Kugrab, Kowirki) soll 808 von Göttrif angelegt worden sein; doch halten neuere Dannewerksforscher den Grenzwall für viel jünger und deuten ihn als eine Landwehr („Landfreen“), die man früher vielfach an den Grenzen eines Stadtbezirks errichtete und die nur gegen plötzliche Überfälle schützen, insbesondere das Wegtreiben des Viehes verhindern sollte.

Unterhalb der Wallanlage Göttrifs erbaut und durch Aufschüttung einer Feldsteinmauer auf der Südseite verstärkt. Im Volksmunde wird dieser Wallflügel Margaretenwall genannt. Die Bauzeit des Verbindungswalles fällt in die Jahre 935 bis 974. Dänische Forscher sind allerdings der Ansicht, daß der Ausbau des alten Göttrifswalles nicht von Harald Blauzahn, sondern von dessen Mutter Thyra Danebod erfolgt sei. Aber mit Recht weist der bekannte Dannewerksforscher Philippsen auf die Tatsache hin, daß sie vor ihrem Gemahl, Gorm dem Alten (840—955), verstorben und daher nie zur selbständigen Regierung gelangt sein kann. Auch der Name Thyra Danebod — eine hölzerne Burg auf einer bewaldeten Insel in dem ehemaligen Dannewerks See, von wo aus die Königin die drei Jahre dauernden Befestigungsarbeiten geleitet haben soll — hat nach denselben Forscher mit dieser Burg nichts zu tun, sondern bedeutet vermutlich „Kograb“, eine Bezeichnung, die mit Rücksicht auf die Nähe des Wieglesdorfs und des alten Beerweges entschieden seine Berechtigung hat. — Als Harald Blauzahn später die sächsischen Anstöße aus der schleswigschen Mark getrieben und alles Land zwischen der Eider und dem Grenzwall in seine Gewalt brachte, riefte Otto der Große mit Heeresmacht in das Dänenland ein und erpürte den Wall, nachdem er die Durchgänge mit Feuer vernichtet hatte (947).

Darauf ließ Svend Gabelbart (985—1014) die äußere Seite des Hauptwallbes durch eine Granitsteinmauer verstärken. In ihm erinnert der sogenannte Dannewerksstein, ein Rundenstein, den man 1857 in der Nähe des Haddebyer Moors bei Busdorf auffand, und dessen in „ochsenwendiger“ Schrift geschriebene Inschrift lautet: „König Sun (Svend Gabelbart) setzte Stein nach Starth, seinem Heimdegge, der war gefahren westwärts, nun aber ward tot bei Reithab!“

Der Stein ist 1,94 Meter hoch, 94 Zentimeter breit und 42 Zentimeter dick. Er ist neben dem sogenannten „Schleswiger Domstein“, der seit 1837 im Dom steht, unter den fünf bei Schleswig aufgefundenen Rundensteinen der einzige, der an seinem Fundort aufgestellt ist. Die drei übrigen, die zwei Wobelspannsteine und der Götterpfeifen, befinden sich seit 1887 bzw. 1902 im „Museum Vaterländischer Altertümer“ in Kiel.



Thyrapoeburg

Theodor Möller, Kiel

Dannewerk: Krummwall Theodor Möller, Kiel
(Zwölftes Kal der Thyrapoeburg zu)

Marsmauerwerk der Wabemarsmauer Theodor Möller, Kiel



Rundenstein bei Busdorf Theodor Möller, Kiel

Die Bilder sind Originalaufnahmen des Kunstphotographen und Heimatforschers Theodor Möller, Kiel.

Wieder anderthalb Jahrhunderte später ließ Waldemar der Große (1187—1182), die eine in seinem Grabe aufgefundenen Bleistift beschriftet, die Mauer oben mit Ziegelfestungen besetzen und mit einer gemauerten Brustwehr versehen, die den früheren Erdwall um ungefähr sieben Meter überragte. Nach ihm wird noch heute dieser Teil des Walles „Waldemarsmauer“ genannt. Die Bauzeit dieses gewaltigen Wertes wird auf mindestens drei Jahrzehnte geschätzt, so daß die Waldemarsmauer vermutlich erst unter der Regierung des Königs Knut VI (1182—1202), des Sohnes Waldemars des Großen, zum Abschluß gebracht sein kann. Schließlich hat noch hundert Jahre später die bekannte Schwarze Margaretha, die Gemahlin Christophs I. (1252—1259), die Befestigung verstärken und erneuern lassen, weshalb, wie oben erwähnt, dieser Teil des Walles im Volksmunde auch „Margaretasmauer“ genannt wird. So war nach 500jähriger Arbeit das



Oldenburg (1884 über das Gelände zum Selter Meer)
Thodor Müller, Kiel

Werk zu Ende geführt, Zeit und im Hinblick auf

das nach der Meinung der damaligen die damalige Kriegführung einen sicheren Abschluß bot. Was endlich den Halbfortwall am Haddbyer Moor, die sogenannte Oldenburg oder Oldburg betrifft, so geben die Ansichten der Fachgelehrten über die Bestimmung dieser Anlage weit auseinander. Die meisten neueren Forscher nehmen an, daß hier einst das alte Heitshabu, Ansaars erste Wirkungsstätte bei Einführung des Christentums in Schleswig-Holstein, gelegen habe. Manderloh spricht für diese Annahme, doch ist die Frage noch ungeklärt. Denn erst die seit 1900 zum Museum Vaterländischer Altertümer in Kiel ausgeführten Grabungen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, wird hoffentlich das hier noch bestehende Dunkel gelichtet werden können. Soviel kann aber heute bereits gesagt werden, daß durch die bisherigen Oldenburg-Ausgrabungen verschiedene Ergebnisse dänischer Forscher schon überliefert sind.

Krieg und Völkerrecht.

Von Dr. Eugen Fischer.

Generalsekretär des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Kriegsfragen.

Krieg und Völkerrecht sind zwei feindliche Begriffe. Ein exalterter französischer Generalkonstaboffizier hat vor dem Kriegsgerichten: „Der Krieg ist das Werk höherer Seidenhaft, unerschütterlichen Willens und der Blutgier. Er muß hartnäckig, wild, mittellos mit sich und dem Feinde geführt werden. Der wahre Geist des Krieges ist der Geist des Zerwürdens und des Mordens.“ Auch vom gemäßigten Soldaten und Politiker kann man die Anschauung vertreten hören, daß der Krieg, je härter und barbarischer er geführt werde, um so humaner sei, weil er dann um so rascher zu Ende gehe. Mit diesem Spott wird darauf hingewiesen, daß vor dem Krieg die Propaganda für Abschaffung und Humanisierung des Krieges durch das Völkerrecht Hand in Hand gingen, daß aber dieselben Regierungen, die diese hohen Ideale vertraten, den Krieg als Realität anerkannten und ihn nicht nur militärisch, sondern auch politisch-diplomatisch vorbereiteten. Bis zum Kriege war es möglich, die Deutschen als den höchsten militärischen Geist der Geschichte hinzustellen. Nach dem Kriege hat sich gezeigt, daß die Mächte, die sich früher so gerne als Apolken der Abrüstung und des Völkerrechtes ausgaben, es damit an liebsten so hielten, wie gewisse Federbellen während des Krieges mit der Aufmunterung zum Kampf: „Nan an den Feind — immer die anderen“. So möchte bei der Befürchtung der Rillungen und der Humanisierung der Kampfmittel jede Macht gern der anderen den Vortritt lassen, und es scheint oft weniger auf die wirkliche Abrüstung als darauf anzukommen, wer den anderen vor der Öffentlichkeit am geschicktesten ins Unrecht setzt. Wieviel Deberate gegen die Giftgase sind schon ergangen! Und wer wagt nicht, daß alle Neuzustungen, außer dem kontrollierten Deutschland, eine ansehnliche Giftgasfabrikation ins Leben gerufen haben mit dem Zweck, im nächsten Kriege die feindliche Einwohnerkraft der großen Städte durch Giftbomben zu dezimieren!

Aber darin, daß all das verborgen werden muß und die Regierungen sich bemühen, vor der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als arbeiteten sie dem Krieg und seinen Schrecken entgegen, liegt der Beweis, daß das menschliche Gefühl eben diesen Kampf nie aufgeben wird. Darum wird auch, solange man die Geschichte des vergangenen großen Krieges schreibt, das Andenken an die Unmenschlichkeiten und Barbareien, die vorgebildet oder wirklich begangen wurden, fortleben. Es ist der übermächtigen Propaganda der früheren Gegner Deutschlands gelungen, die Welt mit den Erzählungen deutscher Greuel anzufüllen. Und noch heute wird in Belgien, Frankreich, Amerika und selbst in England von der übermächtigen Mehrheit an diesen Greueln wie an Glaubenssätzen festgehalten. Es war darum sehr richtig von der Weimarer Nationalversammlung, wenn sie den ersten großen Untersuchungsausschuss, den sie nach Artikel 34 der Verfassung einrichtete, unter anderem damit beauftragte, zu untersuchen, „ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder gebuldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechtes verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren“. Die damals angeordnete Untersuchung

ist nunmehr im wesentlichen abgeschlossen. In der Reichstagsitzung vom 18. Mai 1927 konnte über die mehr als siebenjährige Arbeit und deren Ergebnis Bericht erstattet werden. Es gab heftigen Widerspruch bei den Kommunisten und einem Teil der Sozialdemokraten. Es ist indes zu beachten, daß ein so hervorragender Sozialdemokrat und Jurist, wie Prof. Radbruch in Heidelberg, als Mitglied des Reichstags an den Verhandlungen des Ausschusses jahrelang teilgenommen und seinen Anlaß gefunden hat, dessen Verfahren grundsätzlich zu mißbilligen, auch wenn er sich einzelnen Erkenntnissen, zu denen die Mehrheit gelangte, nicht angeschlossen. Es ist anzunehmen, daß nach dem ersten Sturm die ernsthafteste Prüfung, besonders auch in den früher feindlichen Ländern, eingesetzt wird, wodurch die Forschung vorwärts kommt und eine endliche Übereinstimmung der Ansichten sich vorbereitet.

Ein Blick auf das Material zeigt, daß die Untersuchung mit großer Sorgfalt geführt wurde und daß die Ergebnisse es wohl wert sind, allgemein, in erster Linie aber vom deutschen Volk, beachtet zu werden. Sie seien im folgenden kurz ausgeführt. Für die Einführung der grundlegenden völkerrechtlichen Urkunde, der auf den Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 beschlossenen Haager Landkriegsordnung ist nach der Ansicht des Ausschusses zwar das offiziell Erforderliche gesehen, vor allem durch Abdruck in der Feldjehordenordnung. Es fehlte aber an hinreichendem Unterricht der Offiziere und Mannschaften, um die oft schwierigen Bestimmungen dem Heere so einzuprägen, daß sie in der Praxis ohne weiteres richtig angewendet werden konnten. Die Durchsicht der französischen, englischen und belgischen Instruktionsbücher läßt auf einen ähnlichen Mangel im Eifer der Kriegsmilitärischen dieser Länder schließen. — Die schwersten Vorwürfe gegen Deutschland wurden erhoben wegen der Behandlung Belgiens. Aufßer der Verletzung der „Kaufmania“ hat nichts das Gefühl der Amerikaner so erregt, wie die von ihnen geglaubte Vergewaltigung des „armen kleinen Belgien“. Wie stand es in Wirklichkeit? Aber den Einmarsch am 4. August 1914 hat der Ausschuss noch keine Feststellung getroffen. Das Tatsachenmaterial ist hier noch nicht soweit geklärt, daß die völkerrechtliche vielleicht entscheidende Frage, ob Deutschland damals im Notstand gehandelt hat, schon sicher beantwortet werden könnte. Es wird aber höchstens noch ein Jahr vergehen, bis auch diese letzte Frage auf dem Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses für die Völkerrechtswertungen geklärt ist. Was dagegen über den Krieg, den die belgische Regierung vorgebracht hat, gegen die einmarschierenden deutschen Truppen geführt hat, sich von deutscher Seite sagen läßt, hat der Ausschuss zusammengetragen. Er richtete sein Hauptaugenmerk darauf, daß die belgische Regierung zwar durch gesetzgeberische Maßnahmen den Volkstriebe grundsätzlich angeordnet, aber nicht wirklich organisiert und die Bevölkerung über das, was dabei zulässig und unzulässig war, nicht genügend unterrichtet hat. Es kam deshalb vor, daß auf einziehende deutsche Truppen plötzlich aus dem einen oder anderen Hause geschossen, oder daß noch nach der Befreiung eines Ortes deutsche Soldaten umgebracht wurden. Das war auch für

den im Völkerrat vorgezeichneten „unorganisierten Volkstrieß“ nicht erlaubt. Das deutsche Militär mußte mit äußerster Strenge dagegen einreiten, während die Belgier vielleicht ihre Pflicht zu erfüllen meinten. Zum drittenmal wurde das Mittel der Welt aufgerufen, als im Jahre 1916 und 1917 beschäftigungslos belgische Industriearbeiter in großer Anzahl zum Arbeitsdienst nach Deutschland abgeschickt wurden. Der Gesichtspunkt, mehr Arbeiter nach Deutschland zu bekommen und der, einer Erschöpfung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Belgien vorzubeugen, wirkten zusammen. Es konnte nach der Ansicht der Mehrheit des Ausschusses nicht mehr gefürchtet werden, welcher der beiden Gesichtspunkte bei dem Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg den Ausschluß gegeben hat. Der Sozialdemokrat Dr. Keel und Genossen hielt für erwiesen, daß die Maßnahme nur dazu dienen sollte, Industriearbeiter nach Deutschland zu bekommen, um die Zahl der deutschen Arbeiter in den Munitionsbetrieben zu vergrößern. Zur eine Meinung dagegen gab es im Ausschuß über die Art, wie die Anordnung von den unteren militärischen Stellen ausgeführt wurde. Es sind da sicher Härten und Mißgriffe vorgekommen. Auch die Unterbringung und Verpflegung der Deportierten im Anfang ihres Aufenthaltes in Deutschland war mangelhaft und zeitigte schwere Uebelstände. Der Ausschuß erkennt jedoch an, daß die Regierung sich alsbald um die Abheilung bemühte. Was endlich die Zerschöpfung belgischer und nordfranzösischer Bergwerke auf dem Rückzug 1918 betrifft, so ist der Ausschuß zu der ABERzeugung gekommen, daß bei den letzten Stellen militärische Gesichtspunkte, nicht aber der Wille, die belgische Industrie für die Zukunft lohnzulassen, maßgebend waren. Dasselbe gilt von den Zerschörungen beim Rückzug auf die Hindenburgstellung im Jahre 1917, ohne daß darum behauptet werden soll, jede Einzelheit sei aus militärischen Gründen unerläßlich gewesen. — Ähnlich lautet das Urteil über die deutsche Führung des Luftkrieges. Die Anordnungen wollten, von Repressalien abgesehen, den Bombenabwurf aus der Luft auf militärische Anlagen oder Kraftquellen der feindlichen Kriegführung beschränken. Im einzelnen ist ohne Zweifel gegen die Anordnungen mehrfach verstoßen worden. Die Entscheidung des Ausschusses über den Gaskampf hat bei der äußeren Kritik besonderen Anstoß erregt. Der Ausschuß sagt, daß die deutschen Gasgranaten, die 1915 an der russischen Front verwendet wurden, deshalb nicht völkerrechtswidrig gewesen seien, weil sie die Verberzung giftiger Gase „nicht zum alleinigen Zweck“ hatten. Die Unterscheidung von Giftgasgranaten mit Sprengwirkung, die erlaubt, und von Giftgasgranaten ohne Sprengwirkung, die verboten gewesen sein sollen, hat Widerspruch erregt. Aber die Empörung richtete sich an die falsche Adresse. Auf der Haager Friedenskonferenz war ein Antrag, der Giftgasstoffe überhaupt verbieten wollte, abgelehnt und das Verbot ausdrücklich so gefaßt

worden, daß ein Befehl die Verbreitung von Giftgasen „zum alleinigen Zweck“ haben mußte. Hätten also die Franzosen oder Engländer ein Giftgasgeschloß herangezogen, das mit der Giftverbreitung artillerischer Sprengwirkung verband und Deutschland hätte sich darüber entzweit, so wäre es unter Hinweis auf die Haager Bestimmungen ausgelacht worden. Es hat auch keine fremde Macht gegen die deutsche Gasverfälschung protestiert. — Der völkerrechtswidrige Gebrauch von Giftgasen zum Ausschluß als Repressalie gegen den allgemein für völkerrechtswidrig gehaltenen englischen Seehandelskrieg gegen Deutschland für gerechtfertigt erklärt. Ob die Eröffnung unferes unbeschränkten U-Boottkrieges politisch richtig und richtig war, stand bei der völkerrechtlichen Prüfung nicht zur Erörterung. — Auch die schwere Enteignung an Vermögen und Rechten, die deutsche Privatpersonen im Lusitaner Raub, wurde auf ihre Rechtmäßigkeit untersucht. Hier ergab sich, daß das englische öffentliche Recht auf dem Standpunkt steht, daß der Krieg von allen Völkern gegen alle Völkerglieder geführt wird, wobei Besitz und Recht des Einzelnen so wenig vor dem militärischen Zugriff geschützt ist, wie Besitz und Recht des feindlichen Staates. Die deutsche, vor dem Krieg auf dem ganzen Kontinent anerkannte Auffassung dagegen will nur den Kampf von Staat zu Staat anerkennen und privates Eigentum wie private Rechtstitel für unantastbar erklärt wissen. — In der Gasfangenenbehandlung und bei der Verletzung von Hospitaltschiffen war ebenso wie beim U-Boottkrieg der Gesichtspunkt der Repressalie maßgebend. Das heißt, es wurden an sich völkerrechtswidrige Maßnahmen bei uns angeordnet, um die Abheilung von Verletzungen des Völkerrechtes beim Gegner zu erzwingen. Der Ausschuß wird Zustimmung finden, wenn er diese völkerrechtlich zulässige Einrichtung für besonders bedenklich hält, da sie die Anwendung des Völkerrechtes in vielen Fällen aufhebt und Unschädliche für Schuldige leiden läßt. Die Repressalien sollten durch möglichst ausgedehnte Kontrollen Neutraler überflüssig gemacht werden. Dies ist einer der zahlreichen Punkte, in denen der Untersuchungsausschuß Mängel des Völkerrechtes nachweist und deren Abheilung auf künftigen Konferenzen empfiehlt. Er hat auch sein eigenes Material ausdrücklich der internationalen Prüfung und Ergänzung zur Verfügung gestellt. Nähere Prüfung wird dieses Vorgehen als sachlich und loyal anerkennen müssen, gleichgültig, ob man alle Urteile billigt oder nicht.

Die ganze Sprache wird durch das Beweismaterial des Untersuchungsausschusses unfehlbar in das wissenschaftliche Fahrwasser gelenkt werden, wobei das Ende kein anderes sein kann, als daß der deutsche Name mit gleicher Achtung wieder genannt wird wie der anderer Kulturvölker. Hundertausende deutscher Kriegsteilnehmer, die als Knechte und Barbaren beschimpft werden, während auf der Gegenseite kein Unrecht gesehen sein soll, werden dem Ausschuß seine Untersuchung danken.

Gleiches Strafrecht in Österreich und Deutschland.

Von Landgerichtsdirektor Dr. Soening.

Durch die politische Trennung Österreichs vom Deutschen Reich sind beide Staaten aus dem Gebiet des Rechts verschiedene Wege gegangen. In ihrer Zusammengehörigkeit erinnern noch die in beiden Ländern fast gleich geltende deutsche Wechselordnung von 1848 und das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch aus dem 60er Jahre. Auch im Eisenbahnenstrafrecht besteht eine fast völlige Gleichheit. Und wenn auch wissenschaftlich, zwischen ihnen und vielen eine lebhafteste Befruchtung des Rechts vorhanden ist — der Altmeister der deutschen Rechtsgeschichte Brunner, der bedeutendste Lehrer des deutschen bürgerlichen Rechts Strebcl und der feinsinnige Staatsrechtler J. Mind waren neben vielen anderen Österreicher —, zwischen den Bruderstaaten fließte gerade in den bedeutendsten Rechtsmaterien die politische Grenze.

Jetzt bietet sich auf dem Gebiete des Strafrechts die Möglichkeit ein einheitliches Recht zu schaffen. Das österreichische Strafgesetzbuch von 1852 beruht auf Gedankenansätzen, die aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts stammen, das deutsche Strafgesetzbuch von 1870 ist auch zu einer Zeit geschaffen, als die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ganz andere waren als heute. Und gerade auf dem Gebiete des Strafrechts hat sich in der Zwischenzeit ein gewaltiger Wandel vollzogen. Strafe nun früher die Tat, so jetzt den Täter; beruhte früher der Strafzweck hauptsächlich auf dem Gedanken der Vergeltung, so ist jetzt der Verwahrungszweck in den Vordergrund getreten. Durch die sogenannten sichernden Maßnahmen sucht sich der Staat vor künftigen Verbrechen zu schützen. War der Richter früher an bestimmte feste Strafmaße gebunden, so will die neuere

Strafrechtswissenschaft dem Richter in der Praxis mehr Freiheit gewähren. Aber dies und noch vieles andere machte schon seit langer Zeit — in Österreich eigentlich schon seit einem halben Jahrhundert — eine Reform des Strafrechts in beiden Ländern unbedingt notwendig. Unter von vielen vorgelegten Entwürfen erlangte der des Reichsjustizministers Radbruch von 1919 eine besondere Bedeutung. Auf der Jansen Tagung der internationalen kriminalistischen Vereinigung erklärte der bedeutende österreichische Strafrechtler Gleispach, daß dieser Entwurf von 1919 auch als eine geeignete Grundlage für ein österreichisches Strafgesetzbuch angesehen werden könnte. Damit war zum erstenmal der Gedanke der Schaffung eines gleichen Strafrechts für Deutschland und Österreich in die Debatte geworfen, ein Gedanke, der nun nicht mehr zum Schweigen gebracht werden konnte, der vielmehr befruchtend auf die weitere Entwicklung eingewirkt hat. Der deutsche Ministerialdirektor Bumke und der österreichische Ministerialrat Kadecsko arbeiteten einen gemeinsamen Entwurf aus, der den beiden Regierungen vorgelegt, von ihnen im wesentlichen genehmigt, 1924 der Öffentlichkeit übergeben wurde und erst kürzlich, allerdings mit wesentlichen Änderungen, wie manche Jagen Rückschlüssen, von dem deutschen Reichsrat angenommen ist. In kurzer Zeit wird er dem Reichstag zugehen. Auch in Österreich wird der Entwurf in nicht allzu ferne Zeit dem Parlament vorgelegt werden.

Der Gedanke der Einheit des Rechts zwischen Österreich und Deutschland ist nicht neu. Er ging und geht mit jeglichen Einheitsbefreiungen Hand in Hand. Die er in der gewaltigen Welle der

40er Jahre auftauchte, so auch heute, wo der Anschlußgedanke in Österreich und Deutschland mächtig emporlodert. Und von zwei Gesichtspunkten aus ist die Einheit des Rechts für den Zusammenschluß beider Länder von großer Bedeutung. Es liegt auf der Hand, daß die Einheit des Rechts über die politischen Grenzspalte hinweg führen spürt. Wie alles Recht nur der Ausdruck der Kultur eines Volkes ist, so wirkt auch ein gleiches Recht auf eine Gleichheit der Kultur. Gleiches Recht erzeugt gleiche Kultur, gleiche Sitten, gleiche Gesinnung. Die Wissenschaft des Rechts, die sowohl schon seit langer Zeit in dem deutschen Juristentag für beide Staaten vereinigt ist und gegenseitig anregend und fördernd einwirkt hat, sie wird bei einer Gleichheit des Rechts ein Hauptträger des Anschlußgedankens sein. Wo gleiches Recht besteht, wird auch die Rechtspraxis der Gerichte eine einheitliche werden. Die Rechtspflege des einen Staates wird in dem anderen nicht unbeachtet bleiben. Es wird eine Gemeinschaft der praktischen Juristen eintreten, die für die Zukunft auch einen einheitlichen obersten Gerichtshof vertritt. Die Organisation der Gerichte wird eine einheitliche werden. Es ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß schon heute die Justizverwaltungen beider Staaten fast ständig in einem engen Gedanken-austausch stehen.

Daß die Durchbringung des gesamten Lebens beider Staaten mit gleichen Rechtsanschauungen auch das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Staatsbürger stärkt und ständig aufrecht erhält, das braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Begleitet doch das Recht jeden einzelnen von der Wiege bis zum Grabe, ja noch über das Grab hinaus. Kein Geringeres als Napoleon I. hat die große politische Bedeutung der Gleichheit des Rechts für die Annäherung der Staaten untereinander erkannt und daher überall in den von ihm abhängigen Staaten seine großen und bedeutenden Kodifikationen eingeführt.

So erhält das gleiche Recht den Zusammenschlußgedanken aufrecht, es führt ihm immer neue Anknüpfungen zu, erweitert und befestigt schließlich das gesamte Volk, bis schließlich die Einheit sich mächtig durchsetzen kann. Gleichzeitig kommt dem gleichen Recht auch eine praktische Bedeutung zu. Die Gleichheit des Strafrechtes bildet freilich nur den Anfang, sie wird die Gleichheit auf anderen Rechtsgebieten nach sich ziehen.

Den Parlamenten beider Staaten steht daher eine große und wichtige Aufgabe bevor. Es handelt sich um mehr als um die Strafrechtsgebung, es handelt sich um die politische Zukunft Gesamtdeutschlands. Erste Zeiten und große Gedanken erfordern auch große Männer. Männer, die über den Schulfreitag und die Schulmeinungen aus dem Rechtsgebiet hinaussehen und nur das große gemeinsame Ziel des Anschlusses im Auge haben. Je näher der Zeitpunkt der parlamentarischen Arbeiten an dem Strafgesetzbuch rückt, um so mehr hört man hören und dröhnen Reden gegen diese oder jene Bestimmung des Entwurfes. Bald wird erklärt, daß die Beibehaltung der Todesstrafe oder die strenge Bekrafung des Meinens die Annahme des Gesetzes in dem einen Lande unmöglich machen würde. Bald wird davon gesprochen, daß die Befestigung der freien Strafmilderung der Richter in einem besonders leichten Fall oder die Regelung der fichernden Maßnahmen in dem Entwurf oder der vorgelegene Letztbestand des Hochverrats unübersehbare Hindernisse für ein gemeinsames Recht seien. Gewiß, die berührten Fragen haben eine große Bedeutung, es sind zum Teil Weltanschauungsfragen. Aber jeder verantwortungsvolle Politiker wird sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht das höhere Ziel, der Anschluß beider Staaten, auch das Zurückbleiben in prinzipiellen Fragen erfordert. Es ist hier nicht der Ort zur Beantwortung und Stellungnahme zu juristischen Fragen. Das deutsche und das österreichische Parlament werden es genau zu überlegen haben, ob künftige Geschlechter es verhehlen werden, daß j. B. an dem Streit über die Todesstrafe die Gleichheit des Strafrechtes in beiden Staaten gestiftet ist.

Da getrennte Parlamente bestehen, ergibt sich eine gewisse Schwierigkeit. Ein überstaatliches Parlament über beide Staaten gibt es nicht; wie soll man zusammenkommen? Die Schwierigkeit ist nur eine formelle, sie kann behoben werden. Man denke an Einberufung von gemeinsamen Parlamentsauschüssen aus Österreich und Deutschland, um die streitigen Punkte zu beraten. Oder an die gegenseitige Entsendung von Parlamentariern beider Staaten bei getrennter Beratung. Die Parteilisten aller Parteien könnten zusammenzutreten. Der Wege gibt es also viele. Sie müßten aber schlaunhaft befruchtet werden, damit sich nicht die eine oder andere Seite schon feigelegt und dann schwer wieder von den einmal gefaßten Beschlüssen abgehen kann. Eine tut also not.

Vom Kreislauf deutschen Theaterlebens.

Von Eberhard v. Müller.

Was ist das Theater für ein wunderliches Ding? Warum lebt das immer Totgefogte, immer neu mit solcher Gewalt? Warum



Abb. 1. Szene aus Diebenstammbaum, (Johannesbader (verarmt) stellt vom Bühnenwortschub).

Das Theater kommt überall aus der Ausdruck suchenden Tiefe einer Volksgemeinde. Überall ist es in seiner Entstehung

dem religiösen Kult aufs engste benachbart. Daraus macht auch das Christentum und seine Geschichte auf deutschem Boden keine Ausnahme. Denn der älteste Keim unseres nationalen Theaterlebens lag in der Kirche, und aus dem Oberflut, aus dem Priesteramt am Altar sind die ältesten nationalen Bühnenspiele im frühen Mittelalter erwachsen: die Mysterienspiele, die bald bunt und prunkvoll, den Mauern der Kirche entwachsend, die Plätze der großen Städte erfüllten, vom geistlichen Stoff auch ins Weltliche hinübergreifen, aber immer noch feste der ganzen Volksgemeinde blieben. Noch lebt in den Spielen von Oberammergau und anderen Orten unter uns eine unmittelbare Nachkommenchaft dieser Tradition, und eine Organisation wie der Bühnenvolksbund

sucht in manden seiner Darstellungen den Stil jenes alten festlichen Gemeintheaters zu erhalten und zu beleben (Abb. 1).
Noch aus anderen Quellen strömte am Ende des Mittelalters Theaterstoff dem deutschen Volksleben zu: die Gelehrsamkeit organisierte an Schulen und Universitäten Spiele, die eine Erinnerung an das antike Theater aufrecht erhalten wollten. Auf einem Schanzer

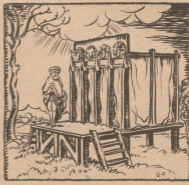


Abb. 2. Szenenblende ges. Georg Fritz.

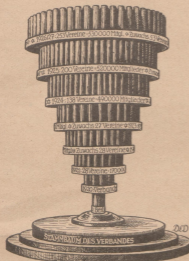


Abb. 3. Die Dorfescheue.

fröme. Ihre Einmündung in die große Form des modernen Dramas geschah in England, im Reiche Shakespeares. Und von dorther kamen die Komödiantengruppen, die auf ihren Wanderzügen den Deutschen zuerst die neue weltliche Menschengestaltungskunst

in hohen Stils (in freilich schnell veränderlicher Form) zeigten. In Nachahmung und Konkurrenz mit diesen englischen Komödianten entstanden deutsche Wandertruppen, die sich durch Spaltung und Erbschaft vermehrten und fortwährend, allmählich Bejahung zu dem formgebenden Sinn der geistigen Führer fanden, und, von Mäzenaten angesiedelt, das Personal von Deutschlands ersten stehenden Bühnen lieferten (Abb. 9). So entwickelten sich im Zeitalter unserer Klassik die ersten Versuche eines stehenden Nationaltheaters; so die Dalbergische Truppe, die in Mannheim Schillers "Räuber" zur Uraufführung brachte (Abb. 7), und der Schauspielkreis, den Goethe zu Weimar



Abb. 4.

mit dreigeleiteter Hinterlandenschaft spielte man damals Errenz und Planus (Abb. 2). Und die Maskenfeste des Volkes, der Fastnachtschwank, verdichtete sich allgemach in der Zeit der Meißerjänger zu einem Theater-spiel von höherem Anspruch. In der Kathrinenscheue von Nürnberg schuf ein Vorhang aus einem Kirchenwinkel die Bühne des Hans Sachs.

Indessen verwehete der Kauf der Geschichte, die das kulturelle und wirtschaftliche Deutschland in den furchtbaren Glaubenskriegen zerriss, hier den Zusammenschluß dieser Volks-

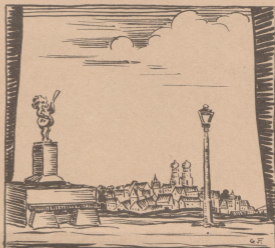


Abb. 6. Schnelldekorations der Wambertbühne. Georg Fritz.

und Lauchstädt in 26jähriger Arbeit als Direktor auszubilden strebte. Durchs 19. Jahrhundert hin bis zu Waners Gründung in Bayreuth und des Herzogs von Meiningens Theaterzügen durch Deutschland gehen dann die Versuche einzelner starker Persönlichkeiten, den Deutschen durch leidenschaftliche Hingabe an die Idee der verwandelnden und fortzeigenden Bühne ein Nationaltheater zu



Abb. 7. Dekoration für die Uraufführung der Räuber. Georg Fritz.

schaffen. Nur daß all diese großartigen Versuche immer wieder und oftmals bis zum Komischen flüchtig scheiterten, weil inszwischen die Grundlage aller Theaterkunst erschüttert war: die einheitliche, begeisterungswillige Volksgemeinde. Man suchte sie; aber die hohen Methoden des Gefächts, des Billettangebots, die und da zu einem "Abonnement" verfeinert, reichten niemals aus, ein Publikum von dauernder Lebenskraft für das Theater zu schaffen.



Abb. 5. Kirchen: Dekoration zu Jar Wozin Gubanow. Georg Fritz.



Abb. 8. Hölle: Teil (Die helle Gasse). Georg Fritz.

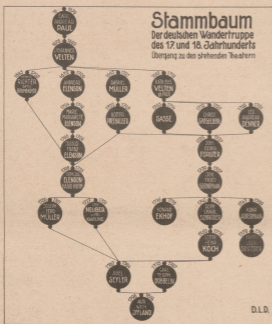


Abb. 9.

Da hat erst in unserer Zeit, und gewaltig anshwellend im letzten Jahrzehnt, die mächtige Bewegung eingesetzt, die drauf und dran ist, dem Theater seine naturgemäße Grundlage, die Volksgemeinde, wieder zu schaffen, auf wunderbar ansehnendem Spezialwege den alten Punkt der Theatergemeinde wieder zu erreichen und den schönen Traum des deutschen „Nationaltheaters“ der Verwirklichung nahezubringen! Wenn man heute in der Magdeburger Ausstellung ein Bild deutschen Theaterlebens zu entwerfen sucht, so ist es gewiß bedeutsam und lehrreich, was man hier an künstlerischen Verfügen von der Einfachheit erneuter Mythenepike und der prunkenden Art alter Epösemen bis zu den feinen Vereinfachungen einer lyrischen Deformation (Abb. 5 u. 8) alles sehen kann. Aber fast wichtiger ist in solcher gegemarteterfüllten Ausstellung die sogenannte „Kulturabteilung“, d. h. die Darstellung der sozialen Kräfte, die heute daran arbeiten, das deutsche Theater zu einem wirklichen Volkstheater zu machen, die reformbedürftige Vermittlung des Billetverkaufs durch eine andere Organisation abzulösen, und dadurch lebendige Theatergemeinden, wirtschaftlichen Reichtum und produktive Willenskraft der deutschen Bühne zuzuführen. Da ist die mächtige Organisation der „Volkshäuser“, deren Keimzelle schon 1890 in Berlin gebildet wurde, die aber erst seit einem Jahrzehnt von hier aus eine deutsche Bewegung geschaffen hat,



Abb. 10.

und die jetzt mehr als ein Vierteltausend Theatergemeinden und mehr als eine halbe Million Mitglieder umgreift (Abb. 5 u. 4). In vielen deutschen Städten sind diese Volkshausgemeinden schon heute eine Lebensbedingung für den künstlerischen Theaterbetrieb. — Die Organisation des Bühnenvolksbundes, die der besonderen Idee eines christlich-nationalen Theaters nachtreibt, leistet auf vielen Gebieten eine ganz ähnliche Arbeit. Auch er gibt einer ganzen Reihe deutscher Theater im Reich eine höchst wertvolle Stütze (Abb. 12).

Diese großen Organisationen (hier und dort noch durch kleinere, ähnlich gerichtete Verbände ergänzt) arbeiten nun vielfach mit den Landesbehörden zusammen, die ja seit der Revolution aus Hoftheatern Landes Theater gemacht haben und sich im neuen, sozial vertieften Sinn der nationalen



Abb. 11.

Verpflichtung und Bedeutung der Schauspielbühne bewußt wurden. In den großen deutschen Ländern ist überall die Institution der „Landesbühnen“ geschaffen, die mit der Staatsbehörde die großen Besucherorganisationen und zugleich die Vertreter von Schauspielern (Deutsche Bühnengesellschaft) und Direktoren (Deutscher Bühnenverein) an einen Tisch bringt. Hier wird planmäßig die Verteilung der vorhandenen Theaterkräfte organi-

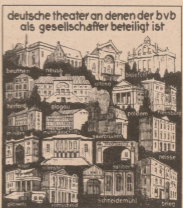
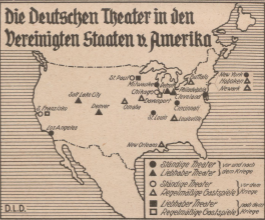


Abb. 12. Der Bühnenvolksbund.

siert, um nach Möglichkeit wirklich das ganze Volk am Theatergenuss teilnehmen zu lassen; Nachbarstädte werden zum gemeinschaftlichen Betrieb einer Bühne zusammengesetzt; kleinere Orte im Umkreis von der Bühne einer großen Stadt „beispiel“. Vor allen Dingen aber werden Wandertheater organisiert, die nun auch in entlegenen und kleine Orte eine Bühnentraut von erst-höfem, künstlerischem Gesicht tragen können. Die Art, wie diese



D.L.D.

Abb. 13.

Organisation heute schon nahezu ganz Deutschland bis in die feinste Ede unspannt, dürfte in keinem anderen Kulturland ihresgleichen haben. Selbstam genug feiert hier auch im Organisatorischen eine sehr alte Form des deutschen Theaterbetriebes wieder: das Wandertheater, lange zur berüchtigten „Schmire“ herabgeunken, steht nun da, blank gepulvt und feiner sozialer und künstlerischer Sendung wohl bewußt (Abb. 11). Aus dem wadigen Lepidofarren sind wohlstrukturierte Automobile geworden, und die schmückendsten Kuliszen hat künstlerischer Erfindungsgeist durch praktische Dekorationen ersetzt, die mit sehr einfachen Mitteln unter Umständen sehr starke Stimmungswirkung erzielen. Eine Stadtsilhouette als Hintergrund, und auf der Bühne eine einsame Katerne und ein Brunnenaufbau — drei Stühle nur einfarbiger Keinemand sitzungsmäßig beleuchtet — und ein Stadtbild von phantastischer Wirkung ist gegeben (Abb. 6).

Solcher Art wird heute das ganze deutsche Land mit kunsthaltigem Theatererlebnis erfüllt. So werden die Möglichkeiten geschaffen, die soll zu erfüllen freilich erst der neue, dramatische Dichter kommen muß, der den herangeführten Volksebenen nun wirklich aus der Seele, aus gemeinschaftlicher Lebenslust und

Lebensnot zu sprechen versteht. Aber diese Organisationen beweisen doch, wie tief die Ahnung des großen Theatererlebnisses im deutschen Volke wurzelt. Mitten in größter äußerer Not und innerer Wirnis hat diese deutsche Leidenschaft eine organisatorische Energie entsandt können, von deren Bedeutung wir uns selbst noch gar nicht genug Rechenschaft geben, die aber vielfach schon die staunende Anerkennung des Auslandes gefunden hat. Daß die Theaterkunst einem in solcher Weise tiefer zu wurzeln Bedürfnis entspricht, wird uns auch deutlich, wenn wir sehen, daß deutsche Bühnentätigkeit niemals an den politischen Grenzen des Reichs haltmacht. Überall wo überhaupt Deutsche leben, gab es und gibt es auch deutsche Theater, weitaus in Europa, hinaus bis nach Eiland und hinab bis nach Liebenbrunn, und auch drüben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Abb. 10 u. 15). Manche von diesen fürsten sehr lebhaften Bühnen hat der Krieg zerstört, aber vieles ist auch schon wieder aufgebaut. — Auch hier führt die große Magdeburger Theaterausstellung unseren Blick sehr sicher über das große Gebiet hin, auf dem heute die deutsche Lebenskraft arbeitet, um durch Einsatz vieler, sozialer Kräfte den Weg zum Erlebnis der Theaterkunst freizulegen für alle Deutschen.

Zur Zeitgeschichte

Paris und London.

Der Präsident der französischen Republik, Herr Gaston Doumergue, hat in Begleitung des Außenministers Briand einen Besuch in England abgefaßt, wo er mit den Zimmerkammern empfangen worden ist, die dem Oberhaupt eines befreundeten Staates bei solchen Gelegenheiten erwidert werden. Unter anderem hat ihn die Universität Oxford zum Ehrendoctor der Rechte promoviert, und die Londoner City hat ihm in goldener Schatulle den Ehrenbürgerbrief überreicht.

Bevor der Präsident die Fahrt über den Kanal antrat, ließ es sich die maßgebende Presse in London und Paris anlegen sein, das Fehlen aller aktuell-politischen Hintergründe der Reise zu betonen. Es handelte sich um einen Akt freundschaftlicher Courtoisie, Herr Doumergue folge nur einer schon vor längerer Zeit ergangenen Einladung des Königs von England und lese damit nur einen Brauch fort, der geübt worden sei, so lange dies wegen der beseitigten Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestanden. So schrieb beispielsweise der „Times“, nachdem er gewisse, besonders in deutschen Zeitungen aufgetauchte Vermutungen zurückgewiesen hatte: „Es handelt sich um eine Kundgebung hoher Courtoisie und um eine Besätigung jener französisch-britischen Freundschaft, die sich niemals, auch nicht inmitten der größten diplomatischen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit verläugnet hat.“

Und die „Times“: „Es wird in den Unterredungen zwischen Herrn Briand und Sir Austen Chamberlain nichts geben, was nach Verhandlungen aussieht, und nichts in dem Meinungsaustausch der beiden größten Vorkämpfer der Prinzipien von Genf und Locarno, was geeignet wäre, irgend jemanden zu beunruhigen.“

Wenn man aber an anderer Stelle hingewiesen wurde, daß die beiden Vorgänger Doumergues nur deshalb nicht nach London gekommen seien, weil sie sich zu kurz im Amt befunden hätten, so trifft das wohl für Herrn Deschanel zu, der nur neun Monate lang im Jahre 1920 den hohen Posten bekleidete hat, nicht aber für Herrn Millerand, der immerhin nahezu drei Jahre Präsident gewesen war, als ihn die Einkamerheit der am 11. Mai 1924 gewählten Kammer zum Rücktritt zwang. Auch Doumergue hat beinahe drei Jahre gebraucht, bis er dem Besuch, den Poincaré im Jahre 1919 in London abgefaßt hatte, den feierlichen folgen ließ, und daraus kann immerhin folgert werden, daß es nicht nur die Aberführung mit Staatsgeschäften gewesen ist, die in dem Austausch der Höflichkeitssätze eine gewisse Unterbrechung einleitete ließ.

In der Tat hat die englisch-französische Entente in den letzten Jahren nicht aufgehört zu grübeln, nur trag sie nicht immer den Charakter der „Herzlichkeit“. Es gab Dolken an ihrem Himmel, und es gab Trübungen der Freundschaft. Sie hingen zum guten Teil damit zusammen, daß sich lange Zeit hindurch zwischen London und Paris kein richtiges Einvernehmen über die Stellungnahme gegenüber Deutschland erzielen ließ. Zuerst wurde das von Frankreich gewünschte militärische Abkommen zur Sicherung der Rheingrenze von der britischen Regierung abgelehnt. Dann kam die Rubrikbeziehung, der England innerlich nicht zustimmte. Dann gab es Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung des deutsch-politischen Problems. Und als diese Differenzen mit Hilfe des Dawes-Abkommens, der Locarno-Verträge und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einigermaßen überbrückt waren, entstanden Schwierigkeiten aus der Verschiebung der Einkünfte von Italien. In Paris glaubte man feststellen zu können, daß Mussolini

gegen Frankreich einen aggressiven Ton anschlug und gegen Jugoslawien eine drohende Haltung einnahm, weil er von einer Rückeroberung durch England überzeugt sei.

Kurzum: es war nicht alles so, wie es sein sollte. Durch den Besuch Doumergues soll der Welt gezeigt werden, daß diese Periode des Mißverständnisses überwunden ist, und daß die Sonne der Freundschaft wieder in altem Glanze strahlt.

Das ist auch in den Reden, die der König und der Präsident gewechselt haben, und in dem Kommuniqué, das die beiden Außenminister über ihre Unterhaltungen ausgaben, zum Ausdruck gekommen. Die einen wie das andere sind im übrigen so farb- und inhalts wie nur möglich, und jedenfalls läßt sich aus ihnen nicht entnehmen, welche Einzelfragen in London Gegenstand der Besprechung gewesen sind, und zu welchem Ergebnis man gelangt ist. Daß die Staatsmänner sich nicht auf den Austausch allgemeiner Überlegungen ihres guten Willens beschränkt haben, versteht sich von selbst. Was danach nicht hinter der Portiere geblieben zu haben, um zu wissen, welche Angelegenheiten berührt worden sind, aber ob und wo Briand und Chamberlain zu einem mehr oder weniger bestimmt formulierten Einvernehmen gekommen sind, entzieht sich einweilen unserer Kenntnis, und Vermutungen stehen auf schwachen Füßen.

Hat man sich über die Behandlung der ostasiatischen Dinge geeinigt? Hat man eine Lösung für den Konflikt über Albanien gefunden? Dürfen wir annehmen, daß das merkwürdige Zusammenreffen der Hausjudung bei der russischen Handelsgesellschaft in London mit den energischen Schritten gegen die Kommission in Frankreich so etwas wie das Symptom eines Einverständnisses über die diplomatischen Methoden gewesen ist, die man gegenüber der Sowjetunion anschlagen will? Das alles sind Fragen, auf die wohl erst die kommenden Ereignisse eine Antwort geben werden.

Was uns aber am meisten interessiert, ist, in welcher Weise die beiden Außenminister zu Deutschland Stellung genommen haben. Die bisherigen Ortsnamen Locarno und Genf sind immer wieder unterdrückt worden, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß in London nichts gesprochen wurde und nichts geschehen ist, was den Verträgen von Locarno und dem Geist von Genf widerspräche. Indessen haben auf der Tagesordnung der internationalen Diskussion noch zwei besondere Punkte: das deutsche Begehren nach einer Milderung der Besatzungstruppen und das — wenn auch von der Regierung noch nicht offiziell gestellt — Verlangen nach einer alsbaldigen vollständigen Freisetzung der Rheinlande. In dem Kommentar, den die Agence Havas zu den Londoner Freisprechungen veröffentlicht, wird das Rheinlandproblem keine Erwähnung getan, aber es ist undenkbar, daß Briand und Chamberlain an die beide vorübergegangenen sein sollten. Es ist eine Angelegenheit, die beide unmittelbar angeht, und mit doppelter Spannung warten wir jetzt auf den Bescheid, den wir aus Paris erhalten sollen. Wird er mehr sein als eine neue Verdröpfung? Wird er die endgültige Entscheidung bis zur Erledigung der von der Besetzung geforderten Herjörung gewisser Betonunterstände bei den deutschen Offizieren vertagen? Wird er neue Bedingungen formulieren?

Wie er auch lauten mag, wir wissen, daß diesmal die Antwort des französischen Kabinetts auch die Auffassung der englischen Regierung widerspiegeln wird, und daraus werden wir dann einen Schluß auf die Bedeutung der nunbelebten englisch-französischen Freundschaft für die internationale Situation Deutschlands ziehen können.

Die Sowjetunion und die Weltwirtschaftskonferenz.

Am 10. Mai 1925 wurde in Karlsruhe der zur dort tagenden Konferenz entsandte „Beobachter“ der Sowjetregierung Wosrowitz von Schweizer Kabinett einleitend durch alle Delegierte der Sowjetregierung und der Empörungsausschüsse in der Union d. S. S. R. sprach das Schweizer Gericht den Mörder frei. Da brach die Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz ab und verhängte den Boykott über den Wirtschaftserker mit diesem Staat. Auf diese Tatsache wie die Sowjetregierung immer wieder hin, wenn man sie die Aufforderung herankommt, sich an einer der in der Schweiz tagenden internationalen Konferenzen zu beteiligen; sie lehnte es ab, ihre Delegierten Schweizer Boden betreten zu lassen. Ihre ablehnende Haltung gegen alle Aufforderungen zum Eintritt in den Dörferbund stützte sie allerdings auf grundsätzliche Bedenken, die mit dem Orte der Tagung des Dörferbundes weither zusammenhängen als mit der Unbereitschaft des Kominternbundes mit dem Dörferbundgebunden. Andererseits aber betonte sie immer wieder, daß die Sowjetunion sich von anderen Mächten nicht isolieren wollte, sondern gern bereit sei, sich an deren Konferenzen zu beteiligen, falls die Tagung nicht auf dem Boden der Schweiz stattfände. Ein französischer Versuch der Vermittlung zwischen der Union und der Schweiz scheiterte. So kam es, daß die Sowjetregierung auch die Aufforderungen zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz in Genf und dann auch die Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz ablehnen konnte, bzw. mißfiel.

Schließlich aber kam es doch zur Ausöhnung mit der Schweiz. Der Berliner Schweizer Gesandte Riffenacht und der Sowjetbotschafter in Berlin Kersting verständigten sich. Die Sowjetregierung nahm den Schweizer Vorschlag an, wüßte in die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und bot am 13. April den Wirtschaftsboykott über die Schweiz auf. Eine de jure-Anerkennung der Sowjetunion seitens der Schweiz bradete diese Verhandlung allerdings noch nicht, wohl aber räumte sie das Hindernis zur Beteiligung der Union an Konferenzen in der Schweiz aus dem Wege, und man geht mit der Annahme wohl nicht fehl, daß auch den Sowjetmächten dieses Hindernis allmählich unbehagen geworden war. Jetzt mußten sie, nachdem die Teilnahme an der Abrüstungskonferenz verpasst war, ihre Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz von einer Erneuerung der von ihnen zuvor recht herzlich abgelehnten Beziehungen abhängig machen. Schließlich aber kamen sie auch hier entgegen und sie begnügten sich mit der Erklärung des Dörferbundsekretariats, daß dieses die alte Einladung noch als geltend erachte. Die Sowjetregierung ernannte in aller Eile die Mitglieder einer Delegation, an deren Spitze der Chef der Statistischen Zentralverwaltung Ossifit-Obolenski steht, und am 1. Mai reiste diese die Abordnung nach Genf ab. Noch kurz vor ihrer Abreise erreichte sie ein telegraphischer Willkommengruß des Generalsekretärs des Dörferbundes Sir Eric Drummond.

Ihren kurzen Aufenthalt in Berlin am 5. Mai benutzte die sowjetische Delegation zur Verankertung eines Pressesplanungs in den Räumen der Sowjetbotschaft hinter den Eichen. Der Führer der Delegation Ossifit betonte bei dieser Gelegenheit, daß der Verhandlung mit der Schweiz nicht die Absicht der Ermöglichung der Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz zugrunde liege und daß die Sowjetregierung nach wie zuvor dem Dörferbund nicht beizutreten wünsche. Ihre Aufgabe erblicke die Delegation in einer Aufklärung über die Ansichten der Sowjetregierung über die allgemeine Wirtschaftslage, im Vortrage ihrer Vorschläge zur Befreiung der Weltwirtschaftskrise, in einer Schilderung der Wiederaufbauleistungen der Sowjetunion, in der Darlegung der Grundlagen einer Koexistenz der wirtschaftlichen und sozialen Systeme Sowjetlands und der kapitalistischen Staaten und schließlich in der Erörterung der konkreteren Fragen, die sich aus den angeführten Punkten ergeben.

Am Nachmittag des 4. Mai trat die Sowjetdelegation in Genf ein, zu spät, als daß sie an der am Vormittag erfolgten Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz hätte teilnehmen können. Die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen der Schweizer Polizei zum Schutz der Delegation empfand diese als so lächerlich, daß sie dagegen bestigen Einspruch erhob; doch genigte eine Aussprache mit dem Generalsekretär des Dörferbundes zur Verhütung eines ernstlichen Konflikts und zur Befreiung der drückenden Maßnahmen. Andererseits aber erwies sich auch die an das Eintreffen der Sowjetdelegation geknüpften Bewilligungen als unbedeutend. Am 7. Mai ergreif als erher Nebner der Sowjetdelegation der Vizevorsitzende des Planwirtschaftsausschusses der Sowjetunion Sokolnikow das Wort zu sachlichen und ruhigen Ausführungen, denen jede Kampftimmung fehlte und die vom Geiste der Verhandlungswelt getragen waren. Er übertrug die aus schließlich wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Sowjetunion und sprach den Wunsch nach einer Zusammenarbeit seines Landes mit den auf kapitalistischer Grundlage organisierten Ländern in Form eines friedlichen Wettbewerbs zwischen zwei Wirtschaftssystemen aus. Die Sowjetunion zweifle nicht an der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens zweier ver-

schiedener Wirtschaftssysteme, wüßte keine Isolierung und gewöhne fremdem Kapital die Möglichkeit der Teilnahme an der ungeheuren Wiederaufbauleistung der Sowjetwirtschaft. Am Nachmittag sprach der Führer der Sowjetdelegation Obolenski-Oboleski. Auch er hob die Möglichkeit einer praktischen Verständigung hervor und machte die konkrete Vorschläge zur Befreiung der Wirtschaftskrisen: Streichung aller aus dem Kriege entstehenden Zählungen, Kolonenerhöhung der Industriearbeiter, Achtungsbewußte volle Gewerkschafts- und Streikfreiheit, Unterstreichung der Arbeitslosen, Kampf gegen die Preissteigerungen, Befreiung der Hindernisse für die Aus- und Einwanderung, Befreiung der Protektorate, Mandate und Kolonien, Beendigung der Militärintervention in China, Aufheben des Boykotts gegen Sowjetland und Abschaffung der lebenden Heere und flotten. Allerdings erblickte der Redner nur im Übergange der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen einen endgültigen Ausweg aus dem Wirral der wirtschaftlichen Widersprüche. — Nach der Plenartagung nahmen die Vertreter der Sowjetunion eilig an den Arbeiten der drei Ausschüsse der Konferenz teil. In den Reden, mit denen sie hier ihre Ansichten vorlegten, betonten sie immer wieder ihre selbststän. an Außenhandelsmonopol, aber auch die Unmöglichkeit der Verorgung der Sowjetwirtschaft mit den notwendigen Kapitalmitteln. Am 12. Mai veranstaltete die Sowjetdelegation einen Pressesplanungs, bei der sie wiederum ihre Bereitwilligkeit zu Kompromissen und zur Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt zum Ausdruck brachte. Von wesentlicher Bedeutung waren während der Genfer Tagung auch die außerhalb der Konferenz stattgehabten Aussprachen der Vertreter der Sowjetunion mit denen der anderen Staaten. Das Befreien der Sowjetdelegierten, sich unter Wahrung ihrer grundsätzlich anders gearteten Ansichten mit den Vertretern der entgegengesetzten Grundfälle sachlich und entgegenkommend auszusprechen, hinterließ allgemein einen befriedigenden Eindruck.

Die tschechoslowakische Verwaltungsreform.

Vor kurzem ist den fraktionellen des Prager Parlaments ein Gesetzentwurf zugegangen, der die schon seit längerer Zeit in der Presse erörterte Verwaltungsreform vom Gesandten hat. Ein bedeutungsvoller Akt für die Minderheiten, besonders für die deutsche, der Gesetzentwurf sieht zunächst die völlige Befreiung der Gesamtsprache vor, wie sie durch das Gesetz vom Jahre 1920 eingeführt wurde. Danach verläßt der Staat in insgesamt 21 Gauen, doch wurde diese Einteilung bisher nur in der Slowakei durchgeführt. Nicht in den Minderheitsgebieten, besonders nicht in den deutschen, — denn dieser würde reifere Verwirklichung des Gesetzes die Bildung zweier fast rein deutscher Gauen, Karlsbad und Böhmisch-Weiß, bringen.

Hier zeigt sich wohl das Motiv für das Verlassen der bisherigen gesetzgeberischen Linie. Der neue Gesetzentwurf will die alte Länderverfassung, wie sie zuletzt des alten österreichisch-ungarischen Staates bestand, in veränderter Form wieder einführen. Das gesamte Staatsgebiet soll in Verwaltungseinheiten eingeteilt werden, die den natürlichen Grenzen vielfach völlig widerprechen.

Aus vier großen Verwaltungseinheiten soll das Staatsgebiet bestehen, aus: Böhmen, Mähren-Schlesien, die Slowakei und Karpatho-Rußland. Diese Einteilung des Landes kann, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, nur bezwecken, die Bildung von deutschen Mehrheiten in den einzelnen Landesteilen unter allen Umständen zu verhindern.

Man nimmt dem Lande Schlesien die Selbständigkeit und vereinigt es mit Mähren zu einer einzigen Verwaltungseinheit und bewirkt dadurch, daß der Anteil der deutschen Bevölkerung in der neuen Provinz auf 28 v. H. der Gesamtbevölkerung herabgedrückt wird, während er im anderen Falle, falls man nämlich dem Lande Schlesien auch weiterhin die Selbständigkeit gewährt, über 40 v. H. beträgt.

Die minderheiteneindliche Tendenz des Entwurfs kommt weiter in der Bestimmung zum Ausdruck, die die Landesverwaltung als solche vom Gesandten haben. Zwar sieht der Entwurf die Bildung von obersten Verwaltungsbehörden für die einzelnen Länder vor, — das Landesamt als eigentliches föderales Verwaltungsorgan und die Landesverwaltung als parlamentarische Körperschaft — doch wird jede Selbständigkeit unterbunden und der Zentralregierung der dominierende Einfluß eingeräumt, nicht nur auf die Zusammenlegung der Verwaltungsbehörde, auch auf die Zusammenlegung der parlamentarischen Körperschaften. Der Chef der Landesbehörde, der Landespräsident, wird unmittelbar der Prager Regierung unterstellt; nicht zentralistischer sind die Bestimmungen über die Ernennung der Mitglieder der Landtage. Zu zwei Dritteln sollen die Mitglieder dieser Körperschaft von der Bevölkerung, nach dem Proportionalprinzip, gewählt werden, das restliche Drittel indessen soll von der Zentralregierung in Prag ernannt werden. In dieser Bestimmung wird deutlich die minderheiteneindliche Tendenz sichtbar, denn sie bedeutet, daß selbst in rein deutschen Gebieten die Zusammenlegung der Landtage von der Prager Regierung bis zu einem

Drittel der Gesamtstärke willtürlich beeinflusst werden kann, daß mit anderen Worten fast alle tschechische Gruppen selbst in solchen Provinzialparlamenten gebildet werden können, die ausschließlich oder fast ausschließlich deutsche Stimmkreise aufweisen.

Sogar in den „Bezirken“, deren Bildung der Entwurf vielfach vorsieht, und die aus 40 bis 100 000 Seelen umfassen sollen, wird die Verwaltungsgewalt unter denselben Gesichtspunkten, wie bei den Ländern, durchgeführt. Vor allem hat auch hier die Zentralregierung das Recht, ein Drittel der Abgeordneten selbst zu ernennen.

Der vorliegende Gesetzentwurf legt, wenn auch in verklärter Form, den schärfsten Zentralismus anstelle des bisher (jedenfalls theoretisch) bestehenden Regionalismus; jede Selbstverwaltung wird restlos unterbunden. Die Demokratie wird durch den Absolutismus der Prager Regierung verdrängt. Diese „Reform“, wenn sie Tatsache werden sollte, wäre einer der schwersten Schläge, die gegen die deutsche Minderheit je geführt wurden; sie bedeutet eine außerordentliche Verschlechterung nicht zuletzt deshalb, weil das Sprachengesetz, das nur die tschechische und in der Slowakei die slowakische Sprache als Staatssprache anerkennt, unverändert beibehalten werden soll.

Dr. K. Janderhoff.

Der Bartransfer.

Der vom Generalagenten für Reparationsanleihen für April dieses Jahres ausgewiesene Bartransfer von 108 Millionen G.M. ist von der Öffentlichkeit mit den verschiedensten Kommentaren versehen worden. Zum Teil sind die Urteile widerspruchsvoll, meist gehen sie aber am Kern der Sache vorbei.

Seit dem 1. September 1926, also dem dritten „Dawesjahr“, ist nach dem Dawesplan der Bartransfer, also der reine Devisenkauf, gestoppt. Wie immerlich, daß zwar der Generalagent schon im zweiten Dawesjahr einen Bartransfer von 65 Millionen vorgenommen. Aber dies kam mit dem genaueren Wortlaut des Plans nicht im Einklang und wurde auch von der Regierung — ohne weitere Solangeungen — beanstandet. Wie sollt sich der Bartransfer? Indem der Generalagent von der Reichsbank, bei der er sein Reichsmarkkonto hat, Devisen kauft. Ob er die Devisen bei der Reichsbank läßt oder ob er sie einer der drei Notenbanken in New York, London und Paris, bei denen er nach seinem ersten Bericht gleichfalls Konten errichtet hat, überweist, wird nicht nachgewiesen. Die Tatsache aber, daß der Generalagent regelmäßig Zinseszinsen verbucht, läßt darauf schließen, daß er Devisen im Ausland anjammelt; denn die Reichsbank darf für die Deposition des Generalagenten ebensowenig Zinsen zahlen, wie für andere Depositionen. Hieraus ergibt sich weiter, daß die Devisen allmählich angekauft werden, daß also z. B. der im April ausgewiesene Bartransfer nicht der technische Transfervorgang selbst im Sinne des Dawesplans ist, sondern lediglich bedeutet, was ein Teil von den bis dato angekauften Devisen in diesem Monat an die einzelnen Empfängerländer verteilt wird ist.

Diese Politik hat zweifellos ihre Vorteile. Sie verhindert eine zu starke Beanspruchung des Devisenmarktes und Spekulationsmanöver Dritter. Sie steht aber einmal nicht ganz mit der allgemeinen Devisenpolitik der Reichsbank im Einklang. In den vergangenen Jahren sind Devisen abgezogen worden, die infolge des hereinströmens der Auslandsanleihen vielfach lange Zeit in Deutschland beach lagen. Die Anleihen mußten aber eines Tages wieder in Devisen zurückbezahlt werden und niemand weiß, ob dies möglich ist, wenn diese Devisen inzwischen abgezogen sind. In den letzten Monaten war die Beanspruchung des Devisenmarktes infolge der bekannten Maßnahmen Befreiung der Steuererleichterung für Auslandsanleihen, Herabsetzung des Diszonts und der, ebenfalls zu erwähnender, früheren Devisenansprüche der Wirtschaft fast erbeblich, so daß die Devisenabzüge des Generalagenten die Knappheit verstärkten. Die Hauptfrage ist aber, wieweit der Bartransfer die ideale Transferleistungsgattung. An sich ist der Bartransfer die ideale Transferleistungsgattung. Dem Gläubigeranbittler läßt das erworbene Geld (Devisen) eine hundertprozentige Ausnutzung zu, während bei Sachlieferungen erhebliche Verluste (bis zu 30 o. h.) entstehen. Dem Schuldnerland gestattet er die Abtragung seiner Schuld durch Devisen, die aus dem Überfluß der Ausfuhr über die Einfuhr entstehen — folgen. Diesen Überfluß vorausgesetzt, vermindert er ein umfangreiche Beteiligungen der Industrie des Schuldnerlandes, sich ja bei den Sachlieferungen ganz auf die politische Gestaltung der Reparationsfrage verlassen muß und jenseitig, und zwar besonders wenn z. B. eines Tages eine grundlegende Änderung der politischen Lage erfolgen sollte, u. U. erzwungen werden kann, sich von heute auf morgen in großem Umfang umzustellen und auf die Absatzgebiete des normalen Handels zu werfen. Von der genannten Voraussetzung sind wir aber noch weit entfernt, da von einem Überfluß der (schätzbaren und unschätzbaren) Ausfuhr über die Einfuhr keine Rede ist. Im Warenhandel sind wir in diesem Jahre wieder fast passiv. Die unschätzbaren Einnahmen werden kaum ausreichen, diesen Mangel auszugleichen. Zweifellos ist der Bartransfer bei einer Handels- und Zahlungsbilanz wie der deutschen gegenwärtig die nachteiligste Übertragungsform, weil sie in keiner irgendwie gearteten Beziehung zu wirtschaftlichen Vorgängen steht. Fragt man

sich aber, was geschieht, wenn sie unterbleibt, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß unsere Lage nicht wesentlich gebessert wird. Der Anteil der sonstigen Bartransfers, der zwar nicht als solcher bezeichnet, aber tatsächlich häufig bemittelt wird, ist bereits so groß, daß der technische Bartransfer zur Zeit völlig zurücktritt. Hiergegenüber der Dienst der 800-Millionen-Anleihe (jährlich rd. 90 Millionen), ein Teil der Kommissionszinsen, die englische und französische Reparationsabgabe sowie das Ublieferungsverfahren zugunsten der Vereinigten Staaten, endlich und vor allem aber die jetzigen Sachlieferungen, die an sich Bestandteil unserer normalen Handelsausfuhr sind und infolgedessen eine reine Devisenlieferung darstellen. Nach dem Sinn des Plans sollen die Sachlieferungen zusätzlicher Natur sein; dies ist aber, teils aus Überlieferung, teils aus den verschiedensten sonstigen Gründen vielfach nicht der Fall; der Anteil der nicht zusätzlichen Sachlieferungen ist zwar nicht einwandfrei zu ermitteln, aber ohne Zweifel sehr erheblich. Alle Rechenarten also, die gegen den technischen Bartransfer gelten, sind demnach in gleichem Maße hinsichtlich des verpönten Bartransfers zu erheben. Zur Zeit leben wir in einer Verlorenheit. Wird es eines Tages offenbart, daß Deutschland — aus welchen Gründen auch immer — auf die Dauer die Überschüsse nicht erarbeiten kann, die nun einmal zur Durchführung des Transfers auf die lange Zeit erforderlich sind, so wird dieser Umstand nach dem Grundgedanken des Dawesplans für sich ausreichen, um eine vernünftige Anpassung unserer Verpflichtungen an das wirtschaftlich Mögliche und Vernünftige zu rechtfertigen. Wieweit allerdings andere Umstände diese Entwicklung befähigen können, bleibt dahingestellt.

Das tausendjährige Nordhausen.

Zu der großen Reihe mitteldeutscher Städte, die in den letzten Jahren auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken konnten, gehört auch in diesem Jahre auch Nordhausen, die junge Stadt am Fuße des Südburges. 1000 Jahre sind seit seiner Gründung vergangen, Jahrhunderte voll von Kämpfen und Wirren liegen hinter ihm, aber auch Jahrhunderte voll von Glück und Gedeihen. Noch heute stehen die alten Mauern und Stadtgräben von den Kämpfen einer ruhmvollen Vergangenheit, noch heute reben die alten Bauten von der hohen Kultur und der Baukunst vergangener Jahrhunderte. Die ereignisreiche Geschichte solcher alten Städte bildet einen wichtigen Abschnitt der deutschen Gesamtgeschichte, ja noch mehr, sie ist auch ein beachtenswerter Beitrag zur allgemeinen Kultur-



Obst. Samt- u. Verlagsanstalt Carl Schöner, Nordhausen.

geschichte, deren Schwerpunkt etwa seit dem 11. Jahrhundert außer in den süddeutschen gerade in den deutschen Städten liegt. Ein genauer Zeitpunkt für die Gründung der Stadt Nordhausen läßt sich nicht festlegen. Als Gründer wird der Sachsenherzog Heinrich genannt, der im Jahre 908 auch Herzog von Thüringen wurde. In jene Zeit fällt neben der Gründung anderer Städte (Goslar, Quedlinburg) auch die Gründung Nordhausens mit einer Burg und einem Herrenhofe. Heinrich, der im Jahre 919 deutscher König wurde, hielt sich oft und gern in den neuen Städten, die wie uns freilich nicht als städtische Gemeinchaften im heutigen Sinne denken dürfen, auf, um damit auch sein Sachkenntnis an städtisches Leben zu gewöhnen. Nach seinem Tode gründete seine Gemahlin Mathilde 962 in der Nähe der Burg ein Kloster, ein Kloster, dem der spätere Kaiser Otto II. den Markt, den Zoll und die Münze der Stadt Nordhausen schenkte. In den Kämpfen zwischen Heinrich dem Löwen und Friedrich Barbarossa hatte das Kloster schwer zu leiden. Macht und Ansehen schwanden dahin.

bis es durch die Umwandlung in ein Domherrenstift (1220) von neuem emporblüht. Man nahm ihm allerdings Markt, Zoll und Münze der Stadt, die an das Reich fielen; Nordhausen war damit Reichsstadt.

Drei Reichsbeamte vermalten die Stadt, bis durch ihren gewaltigen Sturz (1277) das Stadtbregiment in die Hände eines patrizischen Rates kam. Mit dem Aufblühen der Günstigkeit wurde in der „gemeinen Bürgerchaft“ der Wunsch, an der Verwaltung teilzunehmen, immer lauter, gestärkt und gefördert durch die harten Unterdrückungsmagnahmen des Rates. Der Unwille darüber fand seinen äußeren Ausdruck in der „Revolucion“ des Jahres 1379, durch die der patrizische Rat abgesetzt wurde und an seine Stelle ein demokratischer trat. Im 18. Jahrhundert erhielt die Stadt die kaiserliche Erlaubnis, ihre Befestigungsanlagen zu verlassen. Damals entstanden jene Stadtmauern und Mauertürme, die noch heute dem Nordhäuser Stadtbild das schöne, reizvoll mittelalterliche Gepräge geben.

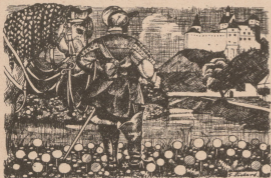
Das 16. Jahrhundert brachte die Reformationsbewegung, mit deren Kämpfen die Stadt in nahe Berührung kam (Bauernkrieg, Thomas Münzer). Nach Luthers eigenem Zeugnis ist Nordhausen eine der ersten Städte gewesen, „so das Evangelium angenommen“. Männer wie Michael Meyenburg, Johannes Spangenberg und Julius Jonas, deren Namen in der Reformationsgeschichte eine große Rolle spielen, wirkten damals in Nordhausen. Noch heute ist der Martinsfest, der 10. November, im Nordhäuser Volksleben

von hoher Bedeutung; das Martinsfest, das alljährlich seinen Höhepunkt in einem feierlichen Umzug zur Erinnerung an Luthers Besuch findet, ist weit über den Rahmen eines evangelischen Festes zu einem allgemeinen Volksfest geworden.

Unter den Dürren und Kämpfen des sächsischen Krieges hat Nordhausen, das einerseits kaiserliche Reichsstadt, andererseits aber im Gegensatz zum Kaiser evangelisch war, schwer gelitten. Die Verwüstung der vielen Weinberge machte der Nordhäuser Braunweinbrennerei aus Weinbeeren ein jähes Ende. In ihre Stelle trat nach Beendigung des großen Krieges die Braunweinbrennerei aus Roggen, der die Stadt neben der Tabakindustrie noch heute ihren Ruf in der Welt verdankt.

Im Jahre 1697 verkaufte der Kurfürst von Sachsen das Reichsschulzenamt und das Reichssozialamt der Stadt Nordhausen, die mehrfach verpfändet und von Kurfürstentum zu Kurfürstentum gewandert waren, an Brandenburg-Preußen, das 1705 die Stadt militärisch besetzte und die Einlösung der beiden verpfändeten Reichsdörfer durch den Rat forderte. Nach langer Verhandlung erst erfolgte die Einlösung und die Abtretung aller Rechte an und auf Nordhausen durch Preußen an den Rat gegen Zahlung von 50 000 Taler: Nordhausen war freie Reichsstadt (1715). Nicht ganz 100 Jahre hat sich die Stadt dieser Stellung erfreuen dürfen; der Reichsdeputationshauptschluss machte 1803 der Reichsfreiheit ein Ende, die Stadt fiel an Preußen. Hans Scharpwinfel.

Blick in die Bücher



Heimat und Vaterland.

6. Sachs, halte Wacht.

Siebenbürgisches Lied.
Melodie und Satz von Paul Geibelfer
Op. 96.

Kräftig, bestimmt.

1. Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht! Die
2. Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht! Was
3. Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht! Will
bunben

1. Dä - ter, sie ha - ben ge - run - gen, sie
2. dir - det - se Dä - ter er - mor - den, sie
3. man - det - se Reich - te brä - ra - ben, die

1. ha - ben die Fein - de be - zwun - gen, sie
2. für sie ge - lebt und ge - flor - ben, das
3. Sprä - che, die Sät - te, den Ölau - ben, dau

Das Auslandsdeutschtum im Unterricht. Die Kunde vom Volk, von seiner Dverbereitung in der Welt, ist heute ein bringendes Gebot für alle Lehrkräfte und Volksschullehrer - Erziehung. Wer das rechte Heimatgefühl hat, dem erschließt sich das deutsche Volkstum auf der ganzen Welt in seiner reinen und edelsten Gestalt, der macht nicht halt vor veränderlichen Staatsgrenzen.

Das deutsche Volkstum draußen aber würde verflummern, wenn nicht schon die heranwachsende Generation von ihm Kenntnis befäme. Darum müssen auch Erziehung und pädagogische Wissenschaft

ten - res
Schwert im
Kampf hin -

1. ten - res Schwert im Kampf hin -
2. ten - res Schwert im Kampf hin -
3. Kampf hin - aus! Kampf hin - aus!

1. ten - res Blut, Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht.
2. Schwert und Werd! Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht.
3. Kampf hin - aus! Sachs, hal - te Wacht, Sachs, hal - te Wacht.

sich mit ihm befaßen. Eine Zeitschrift hat man denn auch in ein besonderes Fach „Deutschum im Ausland“ gedacht. Überwiegend wird aber diese Methode, und das mit Recht, verworfen, weil man von ihr eine zu weitgehende Spezialisierung befürchtet. Es empfiehlt sich daher als einzig gangbarer Weg der, das „Deutschum im Ausland“ in enge organische Verbindung zu den bisherigen Sachgebieten im Unterricht zu bringen. In dem Geschichtsstunde, dem Erdkundeunterricht, in dem Deutschunterricht, überall läßt sich das „Deutschum im Ausland“ unangewandt behandeln. Die jungen Menschen sollen auf diese Weise erfahren von den Schicksalen ihrer Stammesbrüder und -schwestern außerhalb der Reichsgrenzen, sie sollen lernen, stolz zu sein auf die Lehrtätigkeit und die Ernte dieser Lehrtätigkeit, deutsche Kultur und deutschen Volkstums in den Stürmen der Geschichte.

Anschaulichkeit muß hierbei naturgemäß das leitende Prinzip sein. Wort und Bild müssen zusammenwirken, um die Herzen unserer Kinder warm zu machen für die Schicksale und Leiden unserer Väter jenseits der deutschen Grenzen. Diesen Erfordernissen trägt eine Zeitschrift Rechnung, die allmonatlich in 16 Seiten Umfang erscheint und von Dr. Paul Horbach und Herbert Rudolph herausgegeben wird (Verlag Auslandsdeutschtum im Unterricht, Dresden, Gerichstraße 27). In dieser Zeitschrift werden wertvolle Fingerspize und Materialien für den auslandsdeutschen Unterricht gegeben. Der 2. 3. Unterrichtsstoff über Siebenbürgen sucht, der findet in der ersten Nummer alles, was er braucht: Historisches, Erdkundliches, Volkswirtschaftliches und Kulturpolitisches in reicher Fülle.

Vielleicht das Wertvollste sind die den Hefen beigegebenen Bilder und Wandarten, die in ihrer vorzüglichen und buntfarbigen Ausführung auch als Wandschmuck dienen können. Etwa: siebenbürgische Kirchenburgen - eine ganze Welt mittelalterlicher Kämpfe. Oder: eine deutsche Anheftung in Brasilien. Neben diesen Hefen und Bildern erscheint auch eine Reihe von auslandsdeutschen Jugendschriften, so als erstes Die „Der kleine Schwab“. Eine willkommenige Ergänzung zu dem textlichen Material bildet endlich ein Kiezerbuch des Auslandsdeutschtums. Auf knapp 45 Seiten sind hier 40 der schönsten Volkslieder unserer Auslandsdeutschen, zum Teil bisher ängstlich verschollene, gesammelt. Deutsche Weifen aus Südtirol, dem Baltland und vor allen Dingen aus Siebenbürgen.

Anfer dem Bolschewismus

Das asiatische Gesicht Rußlands
in der jungen russischen Dichtung

Das neue Rußlandsonderheft der Literarischen Zeitschrift Orplid, herausgeg. von Dr. Martin Rockenbach, bearbeitet von Reinhold von Walter.

Mit Originalholzschnitt Bildnis des Dichters Remisow von Hubert Schöllgen und acht interessanten Bildnisphotos von führenden Köpfen der jungen Dichtergeneration Rußlands.

Weitere aktuelle Hefte:
Junges Frankreich — Junges Spanien I und 2
— Junges Italien — Junges Österreich —
Katholisches Frankreich

Preis jedes Heftes einzeln M. 2.40, im Dauerbezug M. 2.00

*

Orplid-Verlag G. m. b. H.
Rugaburg / Köln

Neue Lichtbilder.

- | | | |
|--------|--|--------------|
| L 1221 | Berlin als Welt- und Reichshauptstadt
„Berlin, wie wir es heute sehen“ | 60 Dia o. T. |
| L 1264 | Deutsche Reichsstädte-
Fahrt, Nürnberg — Dinkels-
bühl — Rothenburg
„Das malerische Deutschland,
aus stillen Winkeln und kleinen
Ödchen.“ | 60 Dia o. T. |
| L 2420 | Gotische Dome in Deutsch-
land
„1000-jähr. Zeugen künst-
lerischen Hochstrebens in der
deutschen Vergangenheit.“ | 60 Diam. T. |
| L 1555 | Das Heilige Jahr in Rom
„Eine Pilgerfahrt nach dem
ewigen Rom.“ | 60 Diam. T. |
| L 2572 | Mario, die Himmelskönigin
„Die Mutter Gottes in der
künstlerischen Auffassung frü-
hester Zeiten bis zur Gegen-
wart.“ | 50 Diam. T. |
| L 1713 | Mit Columbus nach Amerika
„Dokumente und Erinnerungen
von der Entdeckung der Neuen
Welt.“ | 60 Diam. T. |
| L 1714 | Coopers Indianer in Dich-
tung und Wirklichkeit
„Das Schicksal der Urein-
wohner Nordamerikas in ihrem
Kampfe mit der weißen Rasse.“ | 55 Diam. T. |
| L 1716 | Die Kultur der Azteken
„Aus der Zeit der Eroberung
Mexikos durch die Spanier.“ | 50 Diam. T. |
| L 1718 | 1500 Jahre amerikanische
Geschichte
„Aufstieg und Niedergang der
mittelamerikanischen Maya.“ | 60 Diam. T. |

Kulturgeschichtliches über die Ent- wicklung von Spiel und Sport zu allen Zeiten.

- | | | |
|--------|--|-------------|
| L 2515 | Olympische Spiele einst u. jetzt | 50 Diam. T. |
| L 2516 | Geschichte des Faustkampfes | 50 Diam. T. |
| L 2517 | Sport und Spiel im Altertum | 50 Diam. T. |
| L 2519 | Sport und Spiel im Mittelalter | 50 Diam. T. |
| L 2518 | Deutsches Turnen im 19. Jahr-
hundert | 50 Diam. T. |

Wege zur Erhaltung und Ertüchti- gung der deutschen Jugend.

- | | | |
|--------|--------------------------------------|-------------|
| L 2512 | Jugendkraft durch Jugend-
wandern | 60 Diam. T. |
| L 2514 | Wandertage deutscher Jugend | 40 Diam. T. |
| L 990 | Rhythmische Körperschulung | 50 Diam. T. |

Die Serien sind leihweise und käuflich zu haben.
Preis des Diapositivs (einfarbig) 8 1/2: 10 cm M. 1.25
(ab 1. 7. 27. M. 1.40).

Bilderverzeichnisse und Hauptkatalog kostenlos.

Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.
BERLIN W 35, Potsdamer Straße 41.

AUSWANDERER

finden Rat, Aufklärung, alles Wissenswerte
in den vom Reichsaussiedlungsamt empfohlenen,
jetzt in 2. Auflage erschienenen

Taschenbüchern des Auswanderers

Es liegen vor: Brasilien (M 2,50) — Vereinigte
Staaten (M 2,80) — Deutsch-Ostafrika (M 3,20) —
Deutsch-Südwestafrika (M 2,50) — Paraguay
und Uruguay (M 2,50).

Jeder Band reich illustriert und
mit 1 Karte versehen.

SAFARI VERLAG GmbH
BERLIN W 35, Lützowstr. 89-90

Bei Adressenänderungen

bitten wir unsere Leser um genaue
Angabe auch der alten Adresse.
Nur auf diese Weise kann eine
sorgfältige Erledigung durch die
Expedition gewährleistet werden

Zentralverlag G. m. b. H.

Unsere Neuerscheinungen 1926/27

Und vielleicht ist kein Buch in der Fülle der politischen Literatur, die seit dem Umsturz erschienen ist, so sehr geeignet, hier Volkbuch der Deutschen zu sein, als das von Dr. Wilh. Ziegler. Es ist mehr als etwa nur eine theoretisierende „Einführung in die Politik“, es ist ein grandioser Bildentwurf der welt-politischen Lage, eine feine Analyse der Strömungen und Kräfte, die heute — völkisch und staatlich — den Erdball formen und gleichfalls unser Schicksal mitbestimmen.

„Neues Grazer Tageblatt“.

Der Verfasser weist im Vorwort seines Buches darauf hin, daß in der Literatur des Auslandsdeutschums noch eine geschlossene Darstellung der Gesamttätigkeit der deutschen Parteien nicht nur zur Erhaltung und Stützung unserer deutschen Belange, sondern auch zur Entwicklung der Staaten selbst noch fehlt. Seine Arbeit bietet dazu zweifellos die Grundlage. Sie ist, so wie sie vorliegt, eine der wertvollsten literarischen Neuerscheinungen für das Deutschum in Europa und unentbehrlich für jeden Politiker und Mitkämpfer für unser Volkstum und seine Ziele.

„Hamburger Fremdenblatt“.

... Ich lasse mit außerordentlichem Interesse von dem Inhalt Kenntnis genommen und muß sagen, daß mir wenige Abhandlungen bekannt sind, die in so ausgereicherter Weise die Schicksalsgemeinschaft aller Wirtschaftszweige und Berufsgruppen, wie die Verknüpfung der verschiedenen Wirtschaftszweige im Rahmen der Reichseinheit, verdeutlichen ...

„Reichsverband der Deutschen Industrie“.

... Der Verfasser steht auf der Höhe seines Könnens. Einen dicken Wälzer mit gelehrtem Apparat in die Welt hinwurserschicken, dazu gehört außer einigem Capé nur etwas Sitzfleisch. Aber die auswärtige Politik Deutschlands in dem letzten beiden Menschenaltern möglichst sachlich, kühl, klar und knapp auf hundert Seiten so einprägsam zu schildern, daß sowohl der Kenner wie namentlich der einfache Mann ein deutliches Bild von den großen Linien erhält, und behält, das kann nicht jeder. Angesichts einer solchen Musterleistung an Einzelheiten herunzuskkeln, wäre kleinlich.

Prof. Hans F. Helmolt.

Einführung in die Politik

VON

Dr. Wilh. Ziegler

320 Seiten, 46 Kartenbeigaben
broschiert Rm. 8.—, Halbleinen Rm. 10.—

Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland

VON

Dr. Fritz Wertheimer

251 Seiten, Halbleinen Rm. 6.60

Des Reiches wirtschaftliche Einheit

VON

Dr. Erwin Scheu

a. o. Prof. an der Universität zu Leipzig

88 Seiten mit 40 Karten und zwei graphischen Darstellungen
kartoniert Rm. 3.30, Ganzleinen Rm. 5.—

Grundzüge der Außenpolitik seit 1871

VON

Prof. Dr. Wolfgang Windelband

104 Seiten, broschiert Rm. 2.50

Das parlamentarische Wahlrecht

VON

Dr. Hans Anton Bernhard

96 Seiten und eine Übersichtstafel
broschiert Rm. 2.50

Einführung in die deutsche Reichsverfassung

VON

Dr. Siegfried Berger

96 Seiten, 34 graphische Darstellungen
kartoniert Rm. 2.50

... Eine eingehende Literaturübersicht und eine gute Übersichtstafel am Schluß des Bandes erhöhen seinen Wert, der vor allem darin besteht, daß man fast alle wichtigsten Bestimmungen über das Wahlrecht der hauptsächlichsten Staaten hier handlich und bequem beisammen hat. ... „Göttinger Zeitung“.

... Gedrängte Darstellungsweise und übersichtliche Anordnung des Stoffes macht es zu einem bequemen Speziallexikon für jeden politischen Interessierten, das die allgemeinen politischen Nachschlagewerke vorzüglich ergänzt. ...

„Germania“, Berlin.

Vielen ist es nicht möglich, sich über das Grundgesetz des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 mittels dessen Wortlaut zu unterrichten; in dem vorliegenden Büchchen ist diesen eine Möglichkeit geboten, sich schnell über die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung eines vollständigen Überblick zu verschaffen. Für das Verstehen des Rechtsbaues der Reichsverfassung leisten die in einem Anhang beigegebenen graphischen Darstellungen, die auf diesem Gebiete wohl zum ersten Male Anwendung gefunden haben, wertvolle Dienste.

„Der Beamte“.

Hier abtrennen

Vom Zentralverlag G. m. b. H. in Berlin W 35, Potsdamer Straße 41 verlange:

direkt — Nachnahme —
Ziegler, Einführung in die Politik, Halbin. (10.—).
Wertheimer, Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland, Halbin. (6.60).
Scheu, Des Reiches wirtschaftliche Einheit, Ganzln. (5.—).
Brosch. (3.30).
Windelband, Grundzüge der Außenpolitik seit 1871, Brosch. (2.50).
Bernhard, Das parlamentarische Wahlrecht, Brosch. (2.50).
Berger, Einführung in die Reichsverfassung, Brosch. (2.50).

Ort und Datum: Name:

Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 41